

ÖSTERREICHISCHE
UNIVERSITÄTENKONFERENZ



DIE ÖSTERREICHISCHE REKTORENKONFERENZ

100 JAHRE

JAHRESBERICHT 2010



Impressum:

Herausgeber und Medieninhaber | Österreichische Universitätenkonferenz |

Generalsekretariat | Floragasse 7/7 | A-1040 Wien

Tel.: 01/310 56 56-0 | Fax: 01/310 56 56-22 | E-Mail: office@uniko.ac.at | www.uniko.ac.at

Redaktion | Manfred Kadi | Generalsekretariat

Gestaltung | Grafik-Atelier Heuberger | Wien

Fotos | uniko-Archiv | Archiv Universität Wien | Jungwirth | Franz Pflügl | osaka | ORF |

Stefan Veigl | Helmut Lunghammer | Foto Wilke | Mediendienst.com | APA/picturedesk.com |

Thomas Preiss | Herbert Neubauer | Sarah Kölbl | Helmut Fohringer | Hans Klaus Techt |

fotolia.com | AKhodi | Mikael Damkier | Olivier | moonrun

Druck | gugler cross media | Melk

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung:



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens. gugler cross media, Melk; UWZ 609; www.gugler.at

KOMMENTAR PRÄSIDENT SÜNKEL	2
KOMMENTAR GENERALSEKRETÄR WULZ	3
JUBILÄUM: Vom Geist der Monarchie – RATAJ	4
CHRONOLOGIE: 100 Jahre Rektorenkonferenz	5
JUBILÄUM: Die Rolle des Rektors im Wandel – WINCKLER	6
JUBILÄUM: In Zeiten vor dem Internet – GLÜCK	7
JUBILÄUM: Zur Erschließung der Künste – KOLLERITSCH	8
JUBILÄUM: Spin-offs der Rektorenkonferenz	9
JUBILÄUM: Gleichbehandlung und Frauenförderung – BLIMLINGER	10
JUBILÄUM: Magnifizenzen des 20. und 21. Jahrhunderts	11
JAHRESRÜCKBLICK	12
GRUSSWORT EUA-GENERALSEKRETÄRIN WILSON	14
GRUSSWORT BUNDESMINISTERIN KARL	15
KOMMENTAR MITTELSTRASS – Wissenschaftsrat	16
KOMMENTAR SKALICKY – Forschungsrat	17
INTERVIEW HOCHSCHULFORSCHER PECHAR	18
Fokus Gender: GUTIÉRREZ-LOBOS, SCHALLER-STEIDL	20
Fokus Gender: HAMMERSCHMID, SALOMON	21
GASTKOMMENTAR JUNGWIRTH – Fachhochschul-Konferenz	22
Forumsnotizen: BUDGET	23
GASTKOMMENTAR DÜRRSTEIN – OeAD-GMBH	24
Forumsnotizen: INTERNATIONALES	25
ANALYSE STRUKTURFONDS: NEDOBITY	26
Forumsnotizen: FORSCHUNG	27
KOMMENTAR BOLOGNA-PROZESS: WESTPHAL	28
Forumsnotizen: LEHRE	29
ANALYSE KOLLEKTIVVERTRAG: SCHÖBERL	30
Splitter: MOMENTAUFNAHMEN 2010	31
KOMMENTAR BAST – KUNSTUNIVERSITÄTEN	32
KOMMENTAR SCHÜTZ – MEDIZINISCHE UNIVERSITÄTEN	33
GASTKOMMENTAR: Bildungssuchende im Uni-Apparat – WASHIETL	34
MEDIENECHO: Rektoren am Kiosk – KADI	35
ORGANE DER UNIVERSITÄTENKONFERENZ	36
GENERALSEKRETARIAT	39

KOMMENTAR

ERFOLGREICHES WIRKEN DER UNIVERSITÄTEN BRAUCHT EINE TRAGFÄHIGE BUDGETBASIS



Hans Sünkel
Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr.
Präsident

F Den Universitäten als den höchsten Bildungseinrichtungen des Landes eine gute Zukunft zu geben, ist nicht bloß im Sinne der studierenden Jugend oder der Forschung, sondern auch im Sinne der Wirtschaft und der Gesellschaft. Es sollte daher das erklärte Ziel jedes Staates sein, Bildung bereitzustellen und Forschung hinreichend zu fördern. Hierzu gilt es Rahmenbedingungen zu schaffen und eine dynamische universitäre Weiterentwicklung sicherzustellen.

Daher war es im Berichtsjahr 2010 ein zentrales Anliegen der Universitätenkonferenz, nicht zuletzt mit Blick auf das Bundesfinanzrahmengesetz 2012 bis 2015 eine tragfähige budgetäre Basis für ein erfolgreiches universitäres Wirken innerhalb der nächsten Leistungsvereinbarungsperiode 2013 bis 2015 darzustellen. Die intensive mediale Präsenz und die Formulierung klar konturierter Forderungen an die Politik unterstreichen diesen Anspruch.

Die „Loipersdorfer Beschlüsse“ vom Spätherbst 2010 (80 Millionen Euro jährlich zusätzlich für die Hochschulen ab 2011) sind ein begrüßenswerter erster Schritt, müssen allerdings von weiterführenden budgetären Maßnahmen begleitet werden. Denn allein zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebs benötigen die Universitäten ab 2013 zusätzliche Mittel von 300 Millionen Euro jährlich.

Neben der Budgetproblematik galt es auch die dringend erforderliche Weiterentwicklung genereller Rahmenbedingungen für die österreichischen Universitäten aufzuzeigen. Diese betrafen die Erarbeitung eines konsistenten, den gesamten tertiären Sektor umfassenden Hochschulplans sowie die diffizile Frage der Studienplatzfinanzierung und des davon nicht zu trennenden politisch brisanten Themas des Hochschulzugangs. Die derzeit weitgehende Beliebigkeit des Zugangs, die Existenz geschützter neben ungeschützten Bereichen, die gute Planbarkeit da und die ungeordneten Zugangsstrukturen dort – all das waren 2010 bestehende Herausforderungen, die alle noch ihrer Lösung harren.

In letzter Konsequenz gilt es bewusst zu machen, welche Formen universitärer Bildung unser Land braucht. Daran haben sich Wahl und Umfang der Mittel zu orientieren, nicht bloß an Austeritätssparolen, auch wenn diese durch die Regierungsspitze ausgegeben werden.

Sozial und wirtschaftlich erfolgreiche Gesellschaften ermöglichen Bürgern herkunfts- und statusunabhängig die Realisierung ihrer Ziele, Visionen und Ideen. Bildung ist der Schlüssel zu einer von Wohlstand, Stabilität, Selbstwert, sozialem Ausgleich, Sicherheit und Frieden geprägten Gesellschaft – sie ist unser aller Zukunftsressource.

KOMMENTAR

WI(E)DER DAS GESCHWÄTZ?!

NACHLESE ZUM „HOCHSCHULDIALOG“



Heribert Wulz
Mag.
Generalsekretär

Die Unzufriedenheit vieler Studierender mit ihrer Situation machte sich im Herbst 2009 in äußerst medienwirksamen Aktionen Luft. Die Anliegen und Forderungen der Studierenden waren so bunt und heterogen wie die „unibrennt“-Bewegung selbst, doch wären Proteste dieser Größenordnung wohl kaum vorstellbar gewesen ohne die tief sitzende Frustration vieler Studierender über die teilweise unhaltbaren Studienbedingungen in einer Reihe von sogenannten „Massenfächern“ – ihrerseits Ergebnis langjähriger Realitätsverweigerung seitens der Politik.

Der damalige Wissenschaftsminister Johannes Hahn suchte verzweifelt einen Ausweg aus der verfahrenen Situation, (er) fand den sogenannten „Dialog Hochschulpartnerschaft“ und hinterließ seiner Nachfolgerin Beatrix Karl damit für das noch junge Jahr 2010 Chance und Bürde zugleich: Der breit angelegte Diskussionsprozess, der der österreichischen Bildungspolitik durchaus hätte Impulse geben können, mutierte innerhalb kurzer Frist zur politischen Farce.

Dabei war es gar nicht einmal die extreme Diversität der im „Hochschuldialog“ dargelegten Standpunkte, die den Prozess an sich in Frage stellte. Es war vielmehr die Politik selbst, die der Diskussion schon nach wenigen Wochen die Legitimität raubte: Während eigentlich Lösungen auf breiter Basis erarbeitet werden sollten,

wurden vorschnell und einseitig Maßnahmen präsentiert (Stichwort: „Bologna reloaded“). Zugleich aber – und dieser Aspekt wiegt ungleich schwerer – fehlte ganz offensichtlich der politische Wille, notwendige Veränderungen rasch umzusetzen. Der „Dialog“ geriet zum Verschleppungs- und Vertröstungsprogramm, während die fundamentalen Probleme der Universitäten (Finanzierung, Zugangsfrage) sich durch Nichtbearbeitung verschärften.

Die Universitätenkonferenz wollte und konnte dieses Spiel nicht mehr mitspielen und entschied sich Ende März 2010, am „Hochschuldialog“ nicht länger teilzunehmen. Selbstkritisch ist anzumerken, dass es zunächst nur bruchstückhaft gelang, diesen Weckruf an die Politik der Öffentlichkeit auch als solchen zu erklären. Was als Mahnung gemeint war, anstehende Probleme rasch zu lösen, wurde den Universitäten – zu Unrecht – als Diskussionsverweigerung und Akt arroganter Selbstbezogenheit ausgelegt. Offenbar erst der Ausstieg weiterer Gruppen, insbesondere der ÖH, und das – abgesehen vom Bekenntnis zu einer ausreichenden Universitätsfinanzierung – recht dürftige Ergebnis des „Hochschuldialogs“ machten die Position der Universitäten im Nachhinein plausibler.

Es bleibt daher zu hoffen, dass der nationale Hochschulplan, der unter anderem aus dem „Dialog“ heraus entwickelt werden soll, griffigere Ergebnisse liefern wird.

100 JAHRE REKTORENKONFERENZ

VOM GEIST DER MONARCHIE: EIN REKTOR AUS PRAG ALS STÄNDIGES PRÄSIDIUMSMITGLIED



Tomáš Rataj

Mag.
Historiker und Archivar
Institut für Geschichte
und Archiv der
Karlsuniversität Prag

F Als 1911 der Rektor der Wiener Technischen Hochschule Hans Jüptner von Jonstorff die erste allgemeine österreichische Rektorenkonferenz zusammenrief, wurden auch die Rektoren der damaligen zwei Prager Universitäten eingeladen – der tschechischen (im damaligen Wortlaut „böhmischen“) und der deutschen Karl-Ferdinands-Universität. Es handelte sich um zwei gleichberechtigte Nachfolgerinnen der alten Prager Universität von Karl IV., die 1882 nach dem sprachlichen nationalen Prinzip geteilt wurde.

Besonders die tschechische Universität nahm an allen Bestrebungen der Rektorenkonferenz aktiven Anteil und koordinierte ihre Aktivitäten in diesem Umfeld mit dem Böhmischem Zentralverein der Hochschullehrer. Der Rektor und Prorektor der tschechischen Prager Universität waren bei allen fünf österreichischen Rektorenkonferenzen anwesend, die bis zum Ende der Donaumonarchie stattfanden. Auf der 2. Rektorenkonferenz (1912) wurde sogar der Rektor der tschechischen Uni in Prag Jaromír Čelakovský zum Mitglied des ständigen Präsidiums gewählt. Dagegen nahm die deutsche Prager Univer-

sität eine zurückhaltende Stellung zu den Wiener Rektorenkonferenzen ein, die sie als etwas „unloyal“ sah. Sie lehnte sogar – als einzige österreichische Hochschule – die Teilnahme an der 2. Rektorenkonferenz ab, und an weiteren Konferenzen partizipierten nur einige ihrer Delegierten.

Die Teilnahme an den oben erwähnten Tagungen ging aus der Stellung der Prager Schulen im Netz der österreichischen (genauer cisleithanischen) Universitäten – neben Wien, Graz, Innsbruck, Krakau, Lemberg und Czernowitz – hervor. Die Unis beschlossen damals, eine eigene gesamtösterreichische Struktur herauszubilden, die ihre gemeinsamen Interessen gegenüber dem Staat formulieren und durchsetzen sollte. Diese Struktur überschritt alle territorialen, nationalen und sprachlichen Grenzen und konnte zu einer Umorientierung der Perspektive vom bisher überwiegend nationalen Streit zu anderen, bürgerlich geprägten Sichtweisen beitragen. Dieses Potenzial kam leider wegen der Tragödie des Ersten Weltkrieges und in der Folge des Zerfalls der Monarchie nicht zu seiner Entfaltung. >>

>> Die Zusammenarbeit der Universitäten im Rahmen der österreichischen Monarchie begann jedoch nicht im Jahr 1911. Sie knüpfte an langjährige wissenschaftliche und persönliche Kontakte und „peregrinatio academica“ an. Vor allem in Wien – neben anderen Universitäten Österreichs – lehrten im 19. Jahrhundert auch Professoren aus den böhmischen Ländern. Zu den berühmtesten gehörten die Ärzte Karl von Rokitansky und Josef von Škoda, die seit Mitte des Jahrhunderts die sogenannte zweite Wiener Medizinische Schule mitbildeten. Der spätere tschechoslowakische Präsident Tomáš G. Masaryk studierte in Wien und wirkte hier einige Jahre als Privatdozent der Philosophie.

Auch wenn die Zusammenarbeit im Rahmen der alten Monarchie nach 1918 für lange Jahre nicht mehr möglich war, erschien der Geist der Wiener Rektorenkonferenzen 1911 bis 1917 als wichtiger Impuls für die Gründung der allgemeinen tschechoslowakischen Rektorenkonferenz im Jahr 1925 (Tagungen 1926, 1930, 1931, 1932 und 1934). Und nach einem Umbruch zur Zeit des Zweiten Weltkrieges wurde die Konferenz der Hochschulrektoren in der Tschechoslowakei 1946 wieder ins Leben gerufen.

In der Nachkriegszeit kam es auch zu ersten Versuchen, eine entsprechende Rektorenorganisation auf überstaatlicher, europäischer Ebene zu bilden. Schrittweise, auf den Konferenzen 1955 (Cambridge), 1959 (Dijon) und 1964 (Göttingen), wurde die Ständige Konferenz der Rektoren und Vizekanzler der europäischen Universitäten gegründet. 1964 wurden zum ersten Mal als Gäste auch Delegierte aus osteuropäischen Ländern (inklusive Tschechoslowakei) eingeladen. Während der 70er und 80er Jahre folgten weitere Bestrebungen nach einer Kooperation mit den Universitäten jenseits des Eisernen Vorhangs, doch erst 1989 wurde die Prager Karlsuniversität zum wirklichen Mitglied der europäischen Konferenz der Rektoren.

CHRONOLOGIE

1910/11 – Die Einberufung einer allgemeinen Rektorenkonferenz, die alle Hochschulen der österreichisch-ungarischen Monarchie umfasst, geht auf eine Initiative des damaligen Rektors der Technischen Hochschule Wien, Hans Freiherr Jüptner von Jonstorff, im Winter 1910 zurück. Das erste Treffen der Rektorenkonferenz findet am 27. und 28. April 1911 in Wien statt. Bereits nach kurzer Zeit geht der dauernde Vorsitz an die Universität Wien, da nur sie über den notwendigen Verwaltungsapparat verfügt.

Nach 1918 wird die Rektorenkonferenz als Österreichische Rektorenkonferenz reaktiviert. Auch (Fach-)Hochschulen, zum Beispiel die Hochschule für Welthandel, werden aufgenommen.

Ab 1935 tritt die Rektorenkonferenz nicht mehr zusammen. Erst am 25. Oktober 1945 kommt es wieder zu einem Treffen aller österreichischen Rektoren, erneut unter der Leitung der Universität Wien.

1955 bis 1969 – Bis zum Hochschulorganisationsgesetz 1955 arbeitet die Österreichische Rektorenkonferenz ohne rechtliche Basis. Sie erstellt Gutachten und leistet Vorarbeiten für Gesetze. Auf Anregung des Rektors der Montanuniversität Leoben, Günter Fettweis, wird 1969 ein eigenes Generalsekretariat errichtet und mit Raoul Kneucker als Generalsekretär besetzt. Erstmals ist autonomes Agieren gewährleistet.

1975 bis 2000 – Die Universitätsorganisationsgesetze 1975 und 1993 sehen die Österreichische Rektorenkonferenz als öffentlich-rechtliche, staatlich finanzierte Einrichtung vor. Dennoch agiert die Rektorenkonferenz in weitgehender Autonomie, Aufgaben und Rechte sind gesetzlich geregelt. Die Rektorenkonferenz ist als oberstes Gremium der Universitäten anerkannt.

2002 bis 2004 – Das Universitätsgesetz 2002 sieht die Österreichische Rektorenkonferenz nicht vor, ihre Organisation erlischt formal mit 31. Dezember 2003. Die Nachfolgeorganisation wird als gemeinnützige Organisation privaten Rechts verfasst. Ihre Gründungsversammlung findet am 20. Oktober 2003 statt. Der eingeführte Name Österreichische Rektorenkonferenz wird beibehalten.

2008 – Die Rektorenkonferenz ändert ihren Namen in „Österreichische Universitätenkonferenz“.

100 JAHRE REKTORENKONFERENZ

VOM FESTREDNER ZUM CHIEF EXECUTIVE OFFICER: DIE ROLLE DES REKTORS IM WANDEL DER ZEIT



Georg Winckler

Univ.-Prof. Dr.
Rektor
Universität Wien

F Als Karl von Rokitansky, Begründer der pathologisch-anatomischen Schule an der Universität Wien, 1852/53 zum Rektor gewählt wurde, meinte dieser große Unterstützer der Thun'schen Hochschulreform spöttisch: „... so traf mich auch die Ehre, der erste Rector magnificus aus der Reihe der Universitätsprofessoren (zu werden), denen bis dahin auf dem ganzen Erdenrunde nur in Österreich diese Würde unzugänglich war.“ Knapp hundert Jahre zuvor hatte Maria Theresia den Professoren die Übernahme universitärer Ämter untersagt.

Noch das UOG 1975, geltend bis 1999, hält fest: „Der Rektor ist von einer Universitätsversammlung aus dem Kreise der Ordentlichen Universitätsprofessoren zu wählen.“ Trotz der Wahl durch ein vielköpfiges Gremium war der Rektor zum einen nur der Vorsitzende eines recht kompetenzlosen Senats, der lediglich im Stellen von Anträgen an das Ministerium „Macht“ hatte. Zum anderen repräsentierte der Rektor die Universität nach außen: Bei Festveranstaltungen waren schöne Reden zu halten.

Wichtiges erfolgte anderswo. Über das Personal und die Budgets entschied das Wissenschaftsministerium oder der von ihm bestellte Universitätsdirektor. Bereiche wie die Bibliothek unterstanden direkt dem Ministerium. Autonomie hatte die Universität nur in einigen taxativ aufgezählten Angelegenheiten wie bei der Bestellung von

Kollegialorganen. Erst die 1987 geschaffene Teilrechtsfähigkeit brachte gewisse Handlungsspielräume. Die Universität Wien nützte diese etwa zum Erwerb des Universitätscampus.

Im UOG 1993, bis 2003 geltend, änderte sich diese Lage. Das neue Organisationsmodell sah eine Aufgabenteilung vor, gemäß der ein Kollegialorgan, etwa der Senat, Richtlinien- und Kontrollkompetenzen besaß, ein monokratisches Organ, z. B. das Rektorat, in der Sache selbst entscheiden durfte. Die Rolle des Rektors beschränkte sich nicht mehr auf das Festreden.

Der Rektor, der kein Ordinarius mehr sein musste, aber über internationale Erfahrung und organisatorische Fähigkeiten verfügen sollte, erhielt wichtige, teils merkwürdige Budget- und Personalkompetenzen. So konnte der Rektor Berufungsverhandlungen führen, musste aber anschließend ins Ministerium eilen, um das Verhandlungsergebnis genehmigt zu bekommen. So bestimmte das Ministerium indirekt weiter, ob jemand nicht nur den Ruf, sondern auch die Professur erhielt. Sofern der Rektor bzw. das Rektorat mit dem Senat und den zuständigen Ministerialbeamten jedoch gut kooperieren konnte, war der Kompetenzumfang weitreichend. Erst das UG 2002, seit 2004 in Kraft, schuf jene Verhältnisse, die uns heute vertraut sind, nämlich der Rektor als Chief Executive Officer der vollrechtsfähigen Universität.

100 JAHRE REKTORENKONFERENZ ROLLENSUCHE UND MEINUNGSFINDUNG IN DEN ZEITEN VOR DEM INTERNET



Eva
Heinrich-Glück
Dr.
Generalsekretärin a. D.

Fast 30 Jahre ist es her, dass ich meine Tätigkeit als Generalsekretärin der Österreichischen Rektorenkonferenz (ÖRK) 1982 begann, die ich bis 1990 ausübte. Dass sich die ÖRK aus den zahlreichen Bewerbungen für eine Frau entschied, sorgte seinerzeit für einiges Aufsehen. Die ÖRK war damals als eine öffentlich-rechtliche Institution im UOG verankert. Mitglieder waren die Rektoren, die Prä- und Prorektoren der 12 Universitäten, die Rektoren und deren Stellvertreter der fünf Kunsthochschulen sowie der Akademie der bildenden Künste, insgesamt 36 Personen.

Das Gremium war überwiegend aus Magnifizenzen zusammengesetzt, der Umgang mit einer Frau Generalsekretärin musste erst erarbeitet werden. Als liebenswertes Beispiel ist mir ein Rektor in Erinnerung geblieben, der anlässlich eines gesellschaftlichen Ereignisses meinen Ehemann fragen wollte, ob er mir das Du-Wort anbieten dürfe. In den folgenden Jahren wurden aus Magnifizenzen zunehmend Rektoren, die den Stil einer jüngeren Generation in das Gremium brachten.

Die Periode war gekennzeichnet durch das Ringen um ein neues Selbstverständnis – sowohl als Rektor als auch der ÖRK selbst. Das Rektorsamt war nicht mehr nur eine ehrenvolle repräsentative Funktion, gefragt waren zunehmend Managementqualitäten. Die dürftige Ausstattung mit Kompetenzen und Infrastruktur

machte die Ausübung des Amtes schwierig. Die ÖRK fand zu einer einstimmigen Definition ihres Selbstverständnisses, indem sie sich als Vertreterin der gemeinsamen Interessen der Universitäten und Hochschulen sah und dabei für Maßnahmen eintrat, die nur in kollektiver Autonomie gesetzt werden konnten. Es war nicht immer leicht, einen Beschluss im Plenum der ÖRK zu fassen, wenn die Meinungen der Rektoren sehr divergierend waren. Doch es gehörte auch zum explizit definierten Überkommen im Arbeitsprogramm der ÖRK, dass interne Konflikte auszutragen seien. Die Diskussionskultur in diesem Gremium führte (fast) immer zu einer gemeinsam akzeptierten Entscheidung ohne Abstimmungen.

Die zweijährige Funktionsperiode der Rektoren bedeutete häufiges Abschiednehmen und stetigen Neubeginn. Um eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Arbeit der ÖRK zu erleichtern, wurde ein „Handbuch für Rektoren“ als Loseblattsammlung herausgegeben, in dem die Beschlüsse, Stellungnahmen, Resolutionen etc. dokumentiert waren – wir lebten und arbeiteten in der Zeit vor dem Internet!

Die ÖRK stellte für ihre Mitglieder auch einen freundschaftlichen Ort des Erfahrungsaustauschs dar. Im Lauf der Jahre hat die Identifikation der Mitglieder mit der ÖRK als Institution stark zugenommen, was dieser in Politik, Gesellschaft und Öffentlichkeit zugute kam.

100 JAHRE REKTORENKONFERENZ

VOM LEGISTISCHEN STROHHALM DER FORSCHUNG ZUR ERSCHLIESSUNG DER KÜNSTE



Otto Kolleritsch
em. Univ.-Prof. Dr.
Rektor der Universität
für Musik und
darstellende Kunst
Graz bis 30.9.2007

F Im Oktober 2004 konnte das Rektorat der Kunstuniversität Graz dem Universitätsrat berichten: „In der Novelle zum Forschungsförderungsgesetz ist die ‚Erschließung der Künste‘ gleichrangig zur Forschung an den wissenschaftlichen Universitäten genannt; es wurde so ein erster Schritt geschaffen zur Gleichstellung der Erschließung der Künste mit der Forschung und zur Öffnung zu den Forschungsförderungstöpfen.“

Was hier steht, nimmt sich heute nicht mehr besonders aus. Im Kontext eines Rückblicks gesehen waren aber für den mit Wissenschaft neu bewegten Geist Abgründe zu überfliegen. So gab es 1982 einen „Aufstand“ der Konservatorien, die sich diskriminiert fühlten. Stein des Anstoßes war der Magistertitel, den die Kunsthochschulen – seit 1970 ohne Kunsthochschulstudiengesetz (KHSiG) und so auch ohne definitiven Abschluss – anstrebten und der neben dem künstlerischen Hauptfach auch eine wissenschaftliche Qualifikation erforderte. Das legistische Argument, das ich damals als Vorsitzender des Kunsthochschulausschusses der Österreichischen Rektorenkonferenz vorbrachte, wonach das Kunsthochschulorganisationsgesetz (KHOG) die Notwendigkeit des fehlen-

den Studiengesetzes antizipiere, ist im Furor der Gegenseite auf taub gestellte Ohren gestoßen.

Die relativ kurze Passage im KHOG von der „Erschließung der Künste“ hatte an den Kunsthochschulen blitzartig wissenschaftliche Institute entstehen lassen, die sich forschend der Reflexion künstlerischer Fragestellungen widmeten. Zum größten Teil entstanden sie schon vor 1970 und haben durch ihre Existenz den legistischen „Forschungsstrohalm“ in das entstehende Gesetz gedrängt. Die Passage „Pflege und Erschließung der Künste“ hatte keinen guten Leumund – bis hinauf in die fast höchste Stelle des Ministeriums nicht. Ich habe mich erbötig gemacht zu erklären, dass darunter eine Interaktion von künstlerischer Produktion und wissenschaftlicher Reflexion zu verstehen sei.

Die Bestrebungen der Kunsthochschulen im wissenschaftlichen Bereich waren intern nicht unumstritten. Ende der neunziger Jahre hat man vehement über eine Zunahme der wissenschaftlichen Fächer geklagt. Der Anfang vom Ende der künstlerischen Ausbildung in Österreich wurde suggeriert und gar nicht wenig empörte Prominenz dafür gewonnen. >>

>> Meine Freude ist groß, dass sich aus dem „Strohalm“ des KHOG 1970 das entwickelt hat, was heute integrativ praktizierte wissenschaftliche Forschung an den Kunstuniversitäten sein kann. Dass Kunst und Wissenschaft als Erkenntnisformen ineinander wachsend eine neue, auch umsetzbare universitäre Perspektive bedeuten können, war ein Zielgedanke, der mein universitäres Engagement durchzogen hat und mit meinem Projekt des Dr. artium eine adäquate Konkretisierung erfahren konnte. Zuvor den Grundgedanken jahrelang durchgespielt, kristallisierte sich der Satz: Das Künstlerische hat Erkenntnisqualität und gehört zum Wissen, das von Universitäten zu betreuen ist.

Der Dr. artium ist ein PhD-Studium für Doktoratswerber, die nicht nur auf einen akademisch-künstlerischen Abschluss, sondern auch auf eine (beginnende) Karriere und Interesse verweisen können, über mit künstlerischen Tätigkeiten gemachte Erfahrungen wissenschaftlich zu reflektieren. Davon ausgehend, dass die Perspektive des Künstlerischen das Leben auch anders erscheinen lässt, wirkt sie als ein Mittel der Dekonstruktion von selbstgefällig gewordenen Lebensgewohnheiten.

Nach Verankerung im Entwicklungsplan 2006 konnte ich im Sommersemester 2007 den weiteren organisationsrechtlichen Weg zur Einrichtung dieses Studiums beschreiten. Angeboten mit einigen Änderungen in der Nomenklatura des ursprünglichen Konzepts in der „Künstlerischen Doktoratsschule“ an der Universität für Musik und darstellende Kunst Graz, ist heute der studentische Zuspruch sehr beachtlich.

Fragt man außerhalb Österreichs in der Welt nach, dann kann die ehrenvolle Antwort schon darunter sein, dass es für das kunstschätzende Land eben nur typisch sei, keine Zwänge zu haben, das Künstlerische in den Rängen der Wissenschaft anzusiedeln und zu akzeptieren. Sehr freundlich! Vielleicht zu freundlich?

SPIN-OFFS DER REKTORENKONFERENZ

Was haben der vormalige Österreichische Austauschdienst ÖAD, die Zentraleuropäische Rektorenkonferenz und die heimische Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) gemeinsam? Sie alle sind gewissermaßen Kinder der Österreichischen Rektorenkonferenz (ÖRK, seit 2008 Universitätenkonferenz): Manche von ihnen stehen mittlerweile auf eigenen Beinen, etwa die OeAD-GmbH (siehe Seite 24), andere wie die ÖAWI haben ihren Reifeprozess noch vor sich.

Der **Österreichische Austauschdienst** wurde 1961 als Verein von der Rektorenkonferenz mit dem Zweck gegründet, internationale Studierende bei ihrem Aufenthalt in Österreich zu unterstützen, er hat seither das Aufgabenspektrum sukzessive erweitert. Jüngerer Datums ist die **Central European Rectors' Conference**, die sich vor mehr als zehn Jahren auf Initiative des damaligen Rektorenchefs in der ÖRK, Georg Winckler, entwickelte und seit 2001 in acht Meetings zu einem Erfahrungsaustausch eingeladen hat.

Die **Österreichische Qualitätssicherungsagentur (AQA)**, eine unabhängige Einrichtung für Qualitätssicherung, Evaluierung und Zertifizierung im gesamten Hochschulbereich, wurde 2004 auf gemeinsame Initiative der Rektorenkonferenz, der Fachhochschul-Konferenz, der Privatuniversitäten, der HochschülerInnenschaft und des damaligen Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur ins Leben gerufen. Das bewährte Trägerschaftsmodell wird derzeit durch ein 2011 zu beschließendes Qualitätssicherungsgesetz in Frage gestellt, was nicht nur seitens der Universitätenkonferenz auf heftige Kritik stößt.

Auf Initiative des Wissenschaftsfonds FWF und unter Mithilfe der Universitätenkonferenz wurde quasi der Benjamin unter den Spin-offs, die **Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI)**, gegründet. Die Kommission der ÖAWI geht seit 2009 den an sie herangetragenen Vorwürfen wissenschaftlichen Fehlverhaltens in Österreich nach und steht verstärkt im Rampenlicht der Öffentlichkeit. mk

100 JAHRE REKTORENKONFERENZ

VON DER AUFSICHTSBSCHWERDE ZUR QUOTE: GLEICHBEHANDLUNG UND FRAUENFÖRDERUNG



Eva Blimlinger

Mag.^a

Prozessmanagement
und Projektkoordination
Kunst- und Forschungs-
förderung, Universität für
Angewandte Kunst

F Im November 1991 war es so weit: Zwei Gleichbehandlungsbeauftragte, darunter die Autorin, traten ihren Dienst in der Österreichischen Rektorenkonferenz an. Die ein Jahr zuvor gesetzlich eingerichteten Arbeitskreise für Gleichbehandlungsfragen und feministische Initiativen an den Unis haben diese Stellen gefordert und darum gekämpft, Unterstützung zu bekommen.

Damals lag der Anteil bei Professuren nicht einmal bei drei Prozent; Rektorin, Prä- oder Prorektorin gab es weit und breit keine, und auch die Rektorenkonferenz zeigte sich nicht gerade enthusiastisch angesichts der neuen Aufgaben. Aufgabe des Arbeitskreises war es, geschlechtsspezifische Diskriminierung im Wirkungsbereich der universitären Kollegialorgane – also Berufungskommissionen, Institutskonferenzen, Habilitationskommissionen – zu verhindern. Dabei hatten maximal zwei Mitglieder des Arbeitskreises für Gleichbehandlungsfragen das Recht, mit beratender Stimme an den Sitzungen der Kollegialorgane teilzunehmen. Sollte eine Ungleichbehandlung durch die Entscheidung des Kollegialorgans vorliegen, so konnte der Arbeitskreis eine Aufsichtsbeschwerde an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung richten – das Verfahren lief jedoch weiter und die Aufsichtsbeschwerde war gewissermaßen für die Rundablage.

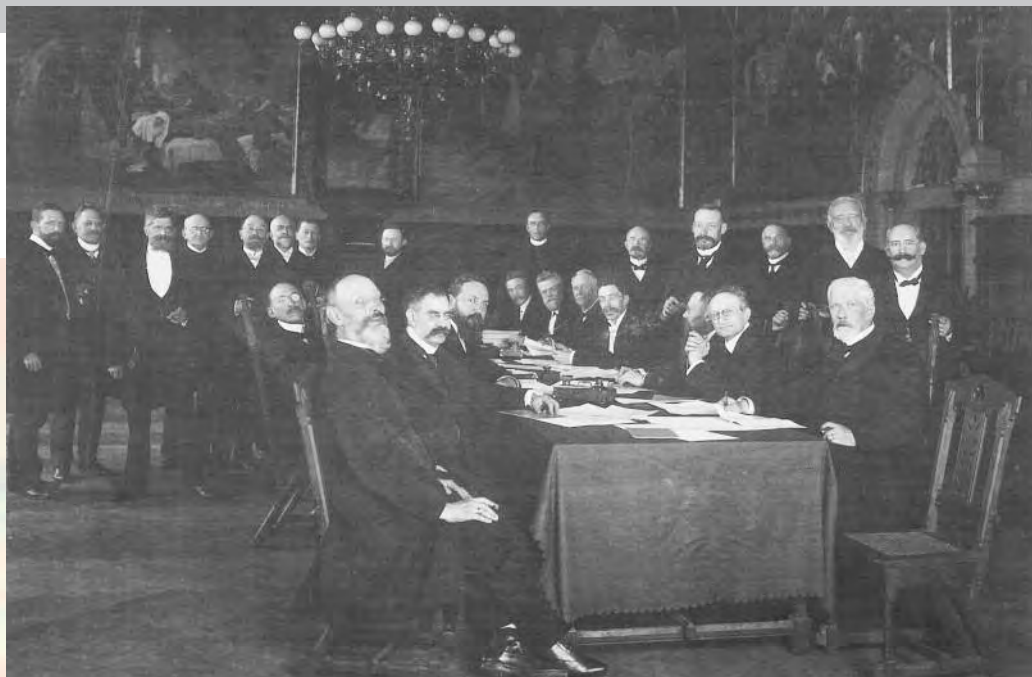
So wurden etwa fünf Aufsichtsbeschwerden des Arbeitskreises der Universität Linz an das

Bundesministeriums mit dem Satz abgewiesen, man sehe „keinen Anlass, aufsichtsbehördliche Maßnahmen im Sinne des § 5 UOG zu ergreifen“. Es galt also durchzusetzen, dass Aufsichtsbeschwerden aufschiebende Wirkung entfalten und das Verfahren dadurch gestoppt werden sollten. Nach langen, auch öffentlichen Diskussionen – auch die Rektorenkonferenz gab eine negative Stellungnahme zum Novellierungsentwurf ab – wurden die Maßnahmen dennoch beschlossen und im April 1993 (BGBl. Nr. 249/1993) kundgemacht.

Die beiden Gleichbehandlungsbeauftragten hatten mittlerweile die Rektorenkonferenz verlassen, die beiden Planstellen wanderten ins Ministerium, da eine zielführende Arbeit in der Rektorenkonferenz weder gewünscht noch möglich war. Immer wieder nutzten die Arbeitskreise das Instrument der Aufsichtsbeschwerde, und da und dort konnte Bewerberinnen durchaus zu ihrem Recht verholfen werden: Sie erhielten ihre Stelle, wurden „definitiv gestellt“ oder wurden habilitiert.

Im Universitätsgesetz 2002 gibt es den Arbeitskreis zwar noch, doch dessen Rechte sind – bedingt durch die Änderung der Gesamtstruktur der Universitäten – deutlich eingeschränkt. Dennoch, der Anteil der Professorinnen ist gestiegen, die erste Rektorin wurde 2007 gewählt, und ab Herbst 2011 wird es mindestens zwei Rektorinnen geben.

100 JAHRE REKTORENKONFERENZ MAGNIFIZENZEN DES 20. UND 21. JAHRHUNDERTS



TRILATERALES ANNO 1907: Ernste Mienen der Magnifizenzen aus Österreich, Deutschland und der Schweiz bei ihrem Treffen in der Aula der Universität Marburg.

50 JAHRE REKTORENKONFERENZ: Feierliches Zeremoniell beim Festakt an der damaligen Technischen Hochschule Wien im Frühjahr 1961.



UNIGIPFEL MIT KANZLERGLANZ:

Regierungschef Franz Vranitzky (Mitte), flankiert vom Vorsitzenden der Rektorenkonferenz, Boku-Rektor Werner Biffl, begrüßt im April 1991 den Rektor der Uni Wien, Alfred Ebenbauer (links).



ERSTER LANGZEIT-PRÄSIDENT:

TU-Wien Rektor Peter Skalicky (Mitte) hat ab 1995 fast vier Jahre den Vorsitz der „Reko“ inne, unterstützt vom Team des Generalsekretariats 1999: Nedobity, Priessnitz, Generalsekretärin Henzl, Wulz (von links).



SAUDISCH-STEIRISCHER DIALOG: Montanuni-Rektor Wolfhard Wegscheider überreicht im Februar 2007 beim Besuch einer Delegation der Rektorenkonferenz in Saudi-Arabien Gaben aus dem Abendland.



POUR LE MÉRITE: Der Rektor der Uni Wien Georg Winckler, Rektorenchef 2000 bis 2005, empfängt im Juli 2006 von Bildungsministerin Elisabeth Gehringer das „Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik“.



REKTORENCHEF ALS TV-CHARMEUR: WU-Rektor Christoph Badelt, Präsident der Rektoren-, dann Universitätenkonferenz von 2005 bis 2009, als Gast in der ORF-Presserstunde im Oktober 2005 mit Martina Salomon und Robert Stoppacher.

JAHRESRÜCKBLICK

GIPFELBESTEIGUNGEN OHNE FERNBLICK REKTOREN ALS MUNTERMACHER DER REGIERUNG

Das Zehnerjahr startete mit neuen Köpfen an der Spitze der uniko und des Wissenschaftsressorts, machte Wien mit dem „Bologna-Gipfel“ im März zum europäischen Hot Spot und mündete nach einem ermüdenden „Hochschuldialog“ in eine budgetäre Warteschleife. Erst eine mediale „Denkzettel“-Offensive der Rektoren rüttelte die Regierungsspitze auf, die im Oktober von ihrem Sparkurs gegenüber

den Hochschulen abrückte und Ende November einen Universitätsgipfel im Kanzleramt einberief. Fazit: Die versprochenen Zusatzmittel reichen nicht einmal bis zum ersten Jahr der künftigen dreijährigen Finanzierungsperiode. Für die wiederholten Warnungen der uniko, wonach den Universitäten ab 2013 jährlich 300 Millionen Euro fehlten, zeigten die führenden Bundespolitiker weder Einsicht noch Weitblick.

Ausgestattet mit reichlich Tatendrang kündigte die Nachfolgerin von Johannes Hahn im Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (BMWf), die Arbeitsrechtlerin Beatrix Karl, im Jänner an, den „Innovationsturbo“ zu zünden. Dieser äußerte sich in den ersten Monaten in Serien-Interviews, in deren Folge sich die neue ÖVP-Ressortchefin bald erste Blessuren zuzog. Während sie mit der Forderung nach Studiengebühren beim Koalitionspartner regelmäßig abblitzte, verärgerte sie die Rektoren mit flapsigen Formulierungen und Alleingängen wie dem „Bologna reloaded“-Programm (ein Zugeständnis nach den Protesten der Studierenden im Herbst 2009). Als sich Europas Bildungsminister/innen im März in Budapest und Wien versammelt hatten, um zehn Jahre Bologna-Prozess zu feiern, wurde die Protestbewegung für kurze Zeit wieder lebendig.

TU-Graz-Rektor Hans Sünkel, seit Jahresbeginn neuer Präsident der Universitätenkonferenz (uniko), wollte sich den angedrohten Eingriff in die Curricula nicht bieten lassen: „Es gefällt mir nicht, wenn den Universitäten wieder die Studi-

enpläne aufs Aug gedrückt werden“, konterte der Rektorenchef. Die zunehmend gereizte Stimmung zwischen Ministerium und den Universitätsleitungen eskalierte, als sich nach vier Monaten des „Hochschuldialogs“ keinerlei substanzielle Resultate abzeichneten. Die Plenarversammlung der uniko beschloss am 22. März, aus dem 40-köpfigen Gremium auszusteigen – ein Paukenschlag, der den Rektoren so manche, auch mediale Kritik einbrachte. Als sich zwei Monate später die Hochschülerschaft aus der Gruppentherapie des BMWf verabschiedete, war die veröffentlichte Meinung schon gnädiger; bei der Präsentation des BMWf-Papiers zu Semesterschluss war die Stimmung gekippt: „Verlorene Zeit“ und „alle Fragen offen“, so lautete der Tenor der Zeitungen.

Mit ein Grund für die zunehmende Verärgerung der Rektoren waren die einsetzenden Begleitgespräche zu den Leistungsvereinbarungen: Während die Spitzenbeamten des BMWf die Universitätsleitungen auf das Einfrieren der Uni-Budgets ab 2013, den Beginn der neuen dreijährigen Periode, vorbereiteten, befasste sich der

„Hochschuldialog“ noch immer mit der wunderbaren Geldvermehrung für die Universitäten bis zum Jahr 2020. Als die Regierung ihren Sparkurs quer durch alle Ressorts im Bundesfinanzrahmen öffentlich machte, platzte Rektorenchef Sünkel der Kragen: Er verlangte ein Ende des „Geschwätzes“ und stattdessen ein konstruktives Gespräch mit Kanzler und Vizekanzler – vorerst ohne Widerhall.

Angesichts der Passivität der Regierung schlug Anfang Juli die Universität für Bodenkultur Alarm, deren Rektor Martin Gerzabek seine Sorge um die Liquidität der Boku ab 2013 artikuliert. Da sich auch in der Zugangsfrage keine Bewegung in der Koalition abzeichnete, griff WU-Rektor Christoph Badelt zur Selbsthilfe und präsentierte ein neues Konzept zur Studieneingangsphase. Nach der Sommerpause löste ein offener Brief von Fachhochschul-Konferenz und uniko an die Regierungsspitze mit dem Appell, die „falschen Weichenstellungen“ beim Budget zu korrigieren, gleichfalls null Reaktion aus. Doch jetzt machte die uniko mobil: In einer konzentrierten Aktion zu Semesterbeginn gaben in Wien, Graz und Salzburg jeweils drei Rektoren Pressekonferenzen im Halbstundentakt, ergänzt um einen zusätzlichen Rektorenauftritt an der Uni Klagenfurt. Der „Denkzettel“ gegen den „hochschulpolitischen Stillstand“ der Bundesregierung und das beispiellose Medienecho machten die Kabinette von Kanzler Faymann und Vizekanzler und Finanzminister Josef Pröll plötzlich munter: Die Terminsuche setzte ein.

Bei ihrer Regierungsklausur in der Therme Lippersdorf Ende Oktober lenkte die Koalition ein: Ab 2011 würden 80 Millionen Euro jährlich mehr aus dem Staatshaushalt für die Hochschulen fließen, für Massenfächer werde eine Stu-

dieneingangsphase installiert, so lautete die rot-schwarze Botschaft. Die uniko begrüßte zwar die Haltungsänderung, machte aber auf die weiterhin ungeklärte Situation für die Leistungsvereinbarungsperiode 2013 bis 2015 aufmerksam: Selbst wenn ein Großteil der Mittel für das erste Jahr angespart würde, wäre damit die Lücke von 300 Millionen Euro jährlich zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebs an den Unis nicht geschlossen. Auch der schließlich Ende November angesetzte „Universitätsgipfel“ im Kanzleramt mit Faymann, Pröll, Karl und dem uniko-Präsidium erbrachte diesbezüglich keinen Fortschritt. Dafür erhielt die Wissenschaftsministerin den Auftrag, in einer Arbeitsgruppe ein Modell zur Studienplatzfinanzierung zu erarbeiten.

Indessen wurden die ersten (Vor-)Entscheidungen für die großteils Ende September 2011 auslaufenden Amtsperioden in den Rektoraten schon 2010 getroffen: Beginnend mit Juni wurden allein acht Rektoren für die neue vierjährige Amtsperiode ab Oktober 2011 wiedergewählt bzw. im Amt bestätigt, darunter die uniko-Präsidiumsmitglieder Gerald Bast (Universität für Angewandte Kunst), Christoph Badelt (Wirtschaftsuniversität Wien), Heinrich Schmidinger (Universität Salzburg) und Wolfgang Schütz (Medizinische Universität Wien). Die Präsidiumsmitglieder Hans Sünkel, Alfred Gutschelhofer und Georg Winckler kandidierten nicht mehr für eine weitere Amtsperiode. Erstmals seit Ingela Bruner (Boku-Rektorin 2007 bis Jänner 2009) erhielt die uniko wieder weibliche Verstärkung: Nach vorzeitiger Ausschreibung des Rektoratspostens an der Veterinärmedizinischen Universität hat die Molekularbiologin Sonja Hammerschmid nach ihrer Wahl seit Oktober 2010 das Amt der Vetmed-Rektorin inne. mk

NEUE ADRESSE – Die Suche nach einer neuen Bleibe währte schon länger als fünf Jahre, die Entscheidung fiel dann im Frühjahr 2010 relativ rasch. Die Mitarbeiter/innen der Geschäftsstelle der Universitätenkonferenz übersiedelten nach fast zwei Jahrzehnten in der Liechtensteinstraße 22 in Wien-Alsergrund in den zentrumsnahen vierten Bezirk Wieden: Seit 27. September lautet die neue Adresse des uniko-Generalsekretariats somit **Floragasse 7/7, 1040 Wien**, die Telefon-

und Telefaxnummern bleiben unverändert. Die neuen Räumlichkeiten bieten den Mitgliedern ausreichend Platz für die mittlerweile gestiegene Anzahl an Sitzungen der diversen Foren und Arbeitsgruppen innerhalb der uniko. Für die offizielle Einweihung des neuen Büros wurde anlässlich der hundertsten Wiederkehr des Gründungstages der damaligen Rektorenkonferenz am 27. April 2011 ein „Abend der offenen Tür“ im Generalsekretariat anberaumt.

GRUSSWORT

THINKTANK FÜR EUROPAS UNIVERSITÄTEN: WISSENSVORSPRUNG FÜR 850 EUA-MITGLIEDER



Lesley Wilson
Generalsekretärin
der European
University Association – EUA

Die Konferenz der Bologna-Bildungsminister im März 2010 in Wien und Budapest markierte den offiziellen Beginn des einheitlichen Europäischen Hochschulraums. Die europäischen Hochschulen blickten zurück auf ein Jahrzehnt der Reformen, zusammengefasst unter dem Begriff „Bologna-Prozess“. Als Stimme der europäischen Hochschulen vertritt die European University Association (EUA) seit ihrer Gründung im Jahr 2001 die Interessen der Hochschulen in den verschiedenen Leitungsgremien dieses Prozesses und unterstützte ihre 850 Mitglieder etwa durch Konferenzen, Projekte sowie durch Studien und Veröffentlichungen bei der Implementierung dieser wichtigen, aber auch schwierigen Reformen.

Rechtzeitig zur Ministerkonferenz präsentierte die EUA in Wien ihren sechsten Trends-Bericht, der weit mehr als nur ein Lagebericht zum Stand der Umsetzung des Bologna-Prozesses in Europa ist, da er die Implementierung der Bologna-Reformen im Zusammenhang der viel größeren Veränderungsprozesse aufzeigt, mit denen sich die Hochschulen auseinandersetzen müssen. Lebenslanges Lernen, Qualitätssicherung, Ausbildung und

Berufsfähigkeit von Absolventen/innen und Nachwuchswissenschaftlern/innen, aber auch Internationalisierung, die Kernfragen der Autonomie und der Finanzierung der Hochschulen sind für die europäischen Hochschulen heute wichtiger denn je. Dies belegen unsere zahlreichen Umfragen und Studien, die auch im Jahr 2010 durchgeführt wurden, etwa das regelmäßig erscheinende Monitoring zu den Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf die Hochschulfinanzierung.

Dieser empirisch-analytische Ansatz verschafft uns einen Wissensvorsprung, den wir in Form von Strategiepapieren und Empfehlungen an die nationalen und europäischen Entscheidungsträger und nicht zuletzt an unsere Mitglieder weitergeben. Mit über 850 Mitgliedern ist die EUA nicht nur einer der größten Interessenvertreter im Bereich Hochschule und Forschung, sondern auch ein sich ständig nach vorne bewegender „Thinktank“, der seinen Mitgliedern mit speziellen Serviceleistungen und gezielter Information zur Seite steht, um die Herausforderungen der nächsten Jahre zu meistern.

ANSTOSSEN AUF DEN uniko-GEBURTSTAG: JAHR DER BILDUNG FÜR REFORMEN NUTZEN

Beatrix Karl
Ao. Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ
Bundesministerin für
Wissenschaft und Forschung



Hundert Jahre uniko im Jahr 2011 – diesen runden Geburtstag nehme ich gern zum Anlass, auf die kommenden Herausforderungen anzustoßen und vor allem in diesem „Jahr der Bildung“ in die Zukunft zu blicken.

Unsere Hochschulen stehen vor riesigen Herausforderungen: Steigende Studierendenzahlen, eine kostenintensivere Forschungsinfrastruktur und mehr internationaler Wettbewerb verlangen nach neuen Lösungen. Unsere Hochschulen brauchen einen geregelten Zugang und eine ausreichende Finanzierung bei gleichzeitiger Steigerung der Effizienz. Wir sind es unseren Hochschulen schuldig, nachhaltige Rahmenbedingungen zu schaffen: Ein geordnetes Wachstum der Studierendenzahlen hat für mich deshalb oberste Priorität für die Entwicklung unseres Hochschulraumes.

Das zentrale Vorhaben für 2011 ist deshalb die Erstellung eines „Österreichischen Hochschulplans“. Ziel ist es, bis Ende des Jahres ein Konzept im Hinblick auf Studienplätze, Bauten und Forschungsinfrastruktur zu präsentieren, dessen Umsetzung mit der nächsten Leistungsvereinbarungsperiode 2013 beginnt.

Beim Hochschulplan geht es vordringlich um die Bündelung von Stärken, damit die österreichische Hochschullandschaft für die Zukunft optimal gerüstet ist. Deshalb muss die

Vielfalt erhalten bleiben – mit klar definierten Schwerpunkten. Ziel ist eine stärkere Kooperation zwischen allen Hochschultypen, es soll künftig gemeinsame Schwerpunktsetzungen geben. Allerdings sind die Universitäten autonom – und diese Autonomie wird auch nicht angetastet! Zugunsten der Gesamtentwicklung müssen alle bereit sein, manchmal auf Eigen- und Partikularinteressen zu verzichten.

Ein weiterer wichtiger Teil des Hochschulplans ist die Studienplatzfinanzierung, verbunden mit der Definition von Kapazitäten. Durch die Studienplatzfinanzierung soll es künftig mehr Kostentransparenz an den Universitäten geben. Wie beim Universitätsgipfel im November vereinbart, soll ab der Leistungsvereinbarungsperiode 2013 bis 2015 eine Studienplatzfinanzierung auf Normkostenbasis implementiert werden. Damit untrennbar verbunden ist auch eine Kapazitätsfestlegung für alle Universitäten.

Schließlich gilt es, immer wieder auf drei weitreichende Prämissen zu verweisen: Wissen ist die eigentliche Herausforderung unseres 21. Jahrhunderts, Bildung ist der wichtigste Rohstoff aller Menschen, und Wissenschaft wie Forschung sind die zukunftsfähigen Innovationstreiber unserer modernen Wissensgesellschaft. Dieses Wissensdreieck ist Basis für Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und Wachstum in Österreich.

GASTKOMMENTAR

AUTONOMIE ALS LEERE WORTHÜLSE? UNTERWEGS AUF DEM PFAD, ABER NICHT AM ZIEL



Jürgen Mittelstraß
Univ.-Prof. Dr.
Vorsitzender des
Österreichischen
Wissenschaftsrates

F Die österreichische Universität ist auf dem Reformpfad unterwegs. Mit dem Universitätsgesetz (UG) 2002 wurde auf diesem Wege ein großer Schritt getan, aber das Ziel, ein leistungsstarkes autonomes Universitätssystem, ist noch nicht erreicht. Noch hat die Universität wesentliche Bedingungen nicht in der Hand. Zu diesen Bedingungen gehören nicht nur eine ordentliche finanzielle Ausstattung, die sich an internationalen Standards messen lässt, und volle Gestaltungsfreiheit innerhalb des mit einer Leistungsvereinbarung gesetzten Rahmens, sondern auch eine gesetzlich geregelte Studienplatzfinanzierung und die Zulässigkeit von Zugangsregelungen.

Ohne die Realisierung dieser Bedingungen bleibt Autonomie ein leeres Wort und ist die Universität außerstande, den von der Hochschulpolitik gesetzten hohen Anforderungen – außerordentliche Ausbildungsqualität und internationale Wettbewerbsfähigkeit – zu genügen. Sie vermag auch ihren eigenen Zielen in Forschung und Lehre – abhängig von den Zufälligkeiten, die ein als realistisch wahrgenommener Mythos vom „freien Zugang“ mit sich bringt – nicht zu entsprechen.

Abhilfe soll hier ein sogenannter Hochschulplan schaffen. Doch dessen Konturen sind unklar. Und je länger sich die Diskussion um ihn hinzieht, desto größer erscheint die Aufgabe.

Nüchtern betrachtet steht hier kein perfekter Masterplan zur Debatte, sondern eine wie auch immer konkrete Vorstellung davon, wie es mit dem österreichischen Hochschulsystem, dessen Teil die autonome Universität ist, weitergehen soll. Dazu wiederum hat der Wissenschaftsrat mit seiner Empfehlung „Universität Österreich 2025“ wesentliche Elemente geliefert. Sie betreffen unter anderem:

- den Übergang zu einem System ausfinanzierter Studienplätze, der – verbunden mit einem Normkostensystem – zunächst Klarheit, dann Planungssicherheit schafft;
- die Etablierung verbindlicher und fairer Zugangsregelungen;
- das geordnete Zusammenwirken der unterschiedlichen Hochschulteilsysteme;
- die systematische Einbindung der außeruniversitären Forschung in die universitäre Forschung;
- einen von den Universitäten selbst zu leistenden standortbezogenen Abgleich von Fächern und Disziplinen, um deren Leistungsfähigkeit österreichweit zu sichern.

Mit diesen Elementen lässt sich ohne Verzug ein Entwicklungskonzept („Hochschulplan“) erstellen, das in gleicher Weise Staat und Universität für ein leistungs- und wettbewerbsfähiges zukünftiges Hochschulsystem in die Verantwortung nimmt.

FLAGGE ZEIGEN IN DER REGULUNGSDICHTE – uniko ALS „PIÈCE DE RÉSISTANCE“

Peter Skalicky

Univ.-Prof. Dr.
Rektor TU-Wien
Stellvertretender Vorsitzender
des Rates für Forschung und
Technologieentwicklung



Die uniko, die Österreichische Universitätenkonferenz, hat als Stimme und offizielle Repräsentantin der staatlichen Universitäten wahrlich ein schweres Leben. Sie muss verantwortlich für die Durchsetzung der zukunftssichernden Forderungen an Gesellschaft, Wirtschaft und Politik stehen, und daher hängt ihre Effizienz und Autorität von der Geschlossenheit ihrer Mitglieder ab.

Dies geschieht allerdings in einem Spannungsfeld, das zunehmend hauptsächlich durch die Diskussion über die Lehre und die Studien bestimmt wird. Die Universitäten werden in der Öffentlichkeit und seitens der Politik hauptsächlich als Schulen gesehen. Die Studiengebühren, Studienplatzfinanzierung, Eingangsprüfungen, der Bologna-Prozess, Studienarchitekturen, ECTS-Punkte, berufsbegleitende Studien, Weiterbildung, Studienzeitverkürzung und natürlich der freie und kostenlose Hochschulzugang stehen im Vordergrund.

Dies alles ist naturgemäß sehr wichtig, die Alleinstellungsmerkmale der Universitäten jedoch, die Forschung und die forschungsgeleitete Lehre, kommen zu kurz, obwohl dies jetzt schon langsam bekannt sein könnte. Die Universitäten sind nicht in erster Linie Lehranstalten, dazu da, möglichst schnell möglichst viele Diplome zu vergeben. Obwohl ein zunehmend kolportierter Irrglaube, schützt ein Universitätsdiplom allein

(gleich welchen Inhalts) eben noch nicht wie ein Amulett vor Arbeitslosigkeit.

Zu den aktuellen Problemen trägt auch eine sich rasch erweiternde Meta-Ebene bei, auf der es um Rankings, Kurien-Modelle, Hochschulpläne, Qualitätssicherungsagenturen und Forschungsstrategien (jawohl, auch Forschungsstrategien) geht, bis schließlich wie bei einer auf dem Kopf stehenden Pyramide am unteren Ende ein paar arme Wissenschaftler sitzen, die verzweifelt versuchen, über Kleinwinkelstreuung nachzudenken, während sie flächendeckend mit Ratschlägen, Evaluierungen und gesellschaftspolitischen Aufträgen überzogen werden. Die Regulungsdichte nimmt wieder zu (vor allem quantitativ).

Angesichts dieser Randbedingungen und der weiteren Ausdifferenzierung des tertiären Sektors, die die Bündelung in einer Stimme schwierig macht, zeigt die Universitätenkonferenz nach wie vor Flagge. Vor allem die Foren, die sich in der Tat der spezifischen Themen wirklich annehmen und klare Aussagen treffen, tragen dazu bei, dass die uniko nach wie vor das „pièce de résistance“ der österreichischen Hochschulpolitik ist. Also muss man ihr Mut zusprechen und sie unterstützen. Wie gesagt, sie soll ja verantwortlich sein für die Durchsetzung der zukunftssichernden Forderungen an Gesellschaft, Wirtschaft und Politik.

INTERVIEW

„EIN TEIL DES UNIVERSITÄTSSYSTEMS IST SCHON IM 21. JAHRHUNDERT ANGEKOMMEN“



Hans Pechar
Ao. Univ.-Prof. Dr.
Institut für Wissenschafts-
kommunikation und
Hochschulforschung der
Universität Klagenfurt

F Herr Professor Pechar, Sie schreiben seit Jahren gegen die Realitätsverweigerung und Blockadepolitik der Regierungsparteien in der Hochschulpolitik an, ohne dass es zu substanziellen Fortschritten gekommen wäre. Überwiegt bei den diversen Koalitionen eher die Unfähigkeit oder das Desinteresse am Thema Universitäten?

Hans Pechar: Vielleicht ist es eine Mischung – doch ich glaube nicht, dass man von Desinteresse in einem starken Sinn sprechen kann. Aber die Regierungsparteien haben ein bestimmtes Verständnis von Hochschulen, das nicht deren Rolle in der Wissensgesellschaft entspricht. Dieses Verständnis ist bei vielen Akteuren von einem vormodernen Universitätsbild geprägt. Für einige Gruppen kommt es darauf an, den Zugang der „geistigen Elite“ zu demokratisieren, viele sind in den berufsständischen Strukturen gefangen – da finden sie schwer heraus.

Die überwiegende Mehrheit der Regierungsmglieder hat einen akademischen Abschluss. Könnte es sein, dass die Erinnerung an die eigene Studienzeitszeit unterschwellig einen Einfluss auf die Akteure ausübt?

Hans Pechar: Das kann ich mir gut vorstellen. Die SPÖ hat ja in einer bestimmten Phase eine äußerst wichtige und positive Rolle bei der Modernisierung der Universitäten gespielt, etwa in den siebziger Jahren, da war sie erfolgreich.

Aber darüber ist die Partei nicht hinausgekommen – gerade beim Hochschulzugang, der ja eines der Schlüsselthemen ist. Da haben alle Akteure die Dynamik der Hochschulexpansion völlig falsch eingeschätzt. Damals hat es ja wirklich Leute gegeben, die gesagt haben: „Wir haben zu viele Studenten.“ Und diese Personen wurden quasi in Spiritus eingelegt und müssen heute als Pappkameraden bei der Verteidigung des offenen Hochschulzugangs herhalten. Viele, vor allem erfolgreiche SPÖ-Politiker, sagen jetzt: „Wenn es das alles nicht gegeben hätte, dann hätten wir nicht studieren können.“ Deshalb wollen sie diese Politik fortschreiben – nur haben sich mittlerweile die Rahmenbedingungen völlig geändert.

Trotz anschwellender Studierendenströme und kaum steigender Uni-Budgets wird den Rektoren aber erklärt, sie müssten die Regierungsspitze davon überzeugen, dass der Mehrbedarf tatsächlich gerechtfertigt sei. Halten Sie das für einen Vorwand oder müssen die Unis hier noch eine Bringschuld einlösen?

Hans Pechar: Die Unis haben sicher eine Bringschuld – das wollen einige Intellektuelle und Literaten nicht wahrhaben. Manche glauben ja, es wäre ein Kinderspiel, zwei Prozent des BIP für den Hochschulbereich auszugeben. Dabei hat es bisher nur eine Phase in Österreich gegeben, in der das Hochschulbudget

wirklich massiv gewachsen ist: Das war in der Ära Hertha Firnbergs (SPÖ-Wissenschaftsministerin 1970 bis 1983, Anm.), vielleicht noch unter Erhard Busek (ÖVP; 1989 bis 1994, Anm.); seither stagniert es um denselben Wert. Es gibt aber in der Bildung und anderen gesellschaftlichen Bereichen sehr große Herausforderungen für die öffentliche Hand: In diesem Sinne ist es eine Bringschuld der Rektoren, der Öffentlichkeit zu erklären, warum das wichtig ist. Und da sind sie zweifellos behindert, weil man ja nicht plausibel machen kann, warum man unter den gegenwärtigen Bedingungen Geld in ein Fass ohne Boden schaufeln soll. Klar ist, dass man mit der jetzigen Steuerquote nicht alles erfüllen kann, was sich die diversen Gruppen wünschen – also ist es ein Verteilungskonflikt.

Immerhin sah sich die Regierungsspitze, nicht zuletzt durch den verstärkten medialen Druck der Rektoren genötigt, im November einen „Universitätsgipfel“ einzuberufen. Lässt das auf einen Bewusstseinswandel schließen?

Hans Pechar: Wirkliche Anzeichen sehe ich nicht, weil man sich ab 2013 offenbar auf Budgetkürzungen einstellen muss. Die politische Wirkung von medialen Drohgebärden hängt natürlich stark vom Bild der Universitäten in der Öffentlichkeit ab. Zumindest 2009 hat ein Großteil der Bevölkerung einen Teil der Forderungen, auch jene der Studierenden, befürwortet. Aber wenn dann politische Clowns die Führung der Studierendenbewegung übernehmen, verpufft das sehr schnell. Da wurde das Bild, das der bildungsferne und -feindliche Teil der Bevölkerung von den Studenten hat, bestätigt: „Warum soll man denen Geld geben?“

Den Universitäten fehlen ab 2013 allein zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebs 300 Millionen Euro jährlich. Vom Zwei-Prozent-Ziel bis 2020 ist auf Regierungsseite ohnehin keine Rede mehr. Welche Prognose würden Sie für die Entwicklung in diesem Jahrzehnt stellen?

Hans Pechar: Ganz so pessimistisch sehe ich es auch wieder nicht: Ich kann mir durchaus vorstellen, dass die Studiengebühren kommen werden, wenn die derzeitige staatliche Kompensation ausläuft – das ist eine Vermutung. Aber auf die 150 Millionen Euro verzichtet ja

niemand gern, auch wenn man damit nicht auf die zwei Prozent kommt. Wenn die Studiengebühren eingeführt werden, wird der Staat wohl – wie bei Kofinanzierungsmodellen – etwas drauflegen müssen, allein wegen der daraus entstehenden Anspruchshaltung bezüglich der Studienbedingungen: Wenn bezahlt wird, muss dafür auch etwas geboten werden.

Es wird auch viel davon abhängen, welchen Beitrag die Universitäten für die weitere Entwicklung einer wissensbasierten Ökonomie leisten. Das ist auch ein Konflikt mit der literarischen Intelligenz und ihrer Verweigerungshaltung und braucht die Einflussnahme auf jene gesellschaftlichen Gruppen, die für die politische Prioritätensetzung bestimmend sind. Wenn es in Asien und Nordamerika heißt, die Universitäten sind die Treiber des ökonomischen Fortschritts, dann können wir nicht sagen: „Wir wollen nur zweckfreie Bildung“ – außer wir wollen zum Disneyland der Welt werden.

Die Universitäten gehen ins achte Jahr ihrer Autonomie. Welche Bilanz ziehen Sie angesichts der Rahmenbedingungen, sprich: fehlende Zugangsregeln, abgeschaffte Studiengebühren, fehlender Hochschulplan?

Hans Pechar: Es ist eine gemischte Bilanz. Die Autonomie war ein großer Schritt in die richtige Richtung. Das Problem ist die Inkonsistenz, die braucht bei Umbrüchen eines so traditionsbehafteten Systems aber nicht zu verwundern – ein Teil des Systems ist schon im 21. Jahrhundert angekommen, ein Teil befindet sich noch im 19. Jahrhundert. Die Universitäten sind daher gut beraten, diese Widersprüche noch stärker hervorzuheben, als dies ohnehin getan wird – und zwar so, dass sie auch „der Mann auf der Straße“ versteht. Man kann ja die Rektoren nicht für dieses und jenes verantwortlich machen, wenn man ihnen dafür keine Entscheidungskompetenz gibt.

Bei der Studienplatzfinanzierung, von der jetzt alle reden, sehe ich gigantische Probleme auf die Universitäten zukommen. Das wird nicht gehen ohne eine großzügige Übergangsphase, da kann man nicht von heute auf morgen einen Schalter umlegen. Wir bewegen uns eben langsamer, als es sein könnte.

Das Interview führte Manfred Kadi

TASK FORCE VOR REKTORATSWAHLEN: HÖHERER FRAUENANTEIL ALS VORGABE



Karin Gutiérrez-Lobos
Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ
Vize Rektorin
Vorsitzende der
Task Force
Gender & Diversity

Die Aufgabe der uniko-Task-Force Gender & Diversity ist es, Gender Mainstreaming im Sinne einer strukturellen Gerechtigkeit für Frauen und Männer an den Universitäten nachhaltig hinsichtlich der Organisationsgestaltung und des Personalmanagements zu verankern und Maßnahmen zu entwickeln, um Diversität effektiv zu nutzen.

Die Tätigkeit der Task Force war 2010 zum einen von den an den meisten Universitäten bevorstehenden Rektorswahlen und zum anderen von den budgetären Einschnitten durch die Bundesregierung geprägt. Unklar ist, inwieweit Förderprogramme für Frauen (für *fforte* und *excellencia* scheint kein Budget mehr auf) den Sparmaßnahmen zum Opfer fallen. Die uniko verfolgt diese Entwicklung mit großer Besorgnis, da gerade an der Schnittstelle zwischen Studierenden und Post-doc besonders viele Frauen aus der universitären Laufbahn ausscheiden.

Im November 2010 wurde die erste große Initiative der Task Force gestartet. Einstimmig wurden Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils für die bevorstehenden Rektorswahlen beschlossen. Ziel war es, qualifizierte Frauen durch dieses Programm anzusprechen und sie für höhere Leitungsfunktionen innerhalb der Universität zu gewinnen. Nicht zuletzt durch die in der UG-Novelle 2009 eingeführte Möglichkeit der Weiterbestellung amtierender Rektoren wurde nur an sieben Universitäten der Posten eines Rektors bzw. einer Rektorin ausgeschrieben. An einer davon, der TU Wien, wurde Professorin Seidler zur Rektorin bestellt. An vier weiteren Unis war das Verfahren im ersten Quartal 2011 noch nicht abgeschlossen.

Die Task Force hat sich weiters dem Ausbau eines Dual Career Services gewidmet. Die Entwicklung geschlechtergerechter Indikatoren für wissenschaftliche Leistung innerhalb der Universitäten, aber auch in der Forschungsförderung soll ebenso wie Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in universitären Gremien weiter ausgebaut werden.

GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER: ERSTE ERFOLGE, ABER NICHT AM ZIEL



Roberta Schaller-Steidl
Dr.ⁱⁿ
Gender & Diversity –
Leitung
Bundesministerium für
Wissenschaft und
Forschung

Und es bewegt sich doch etwas: Erstmals in der 40-jährigen Geschichte des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung (BMWF) sind Sektionschefinnen in der Überzahl und es gibt die direkt der Ministerin unterstellte Stabsstelle Gender und Diversity, durch die Gleichstellung und Frauenförderung eine thematische Erweiterung erfahren haben. BM Beatrix Karl setzt den bisherigen Weg in der Gleichstellungspolitik konsequent fort, in zentralen Bereichen werden Entwicklungen ermöglicht, Kontinuität wird hergestellt und die nationale und internationale Zusammenarbeit gestärkt.

An den öffentlichen Universitäten gibt es gute rechtliche Gleichstellungsbestimmungen, weshalb es bei den 2011 anstehenden Begleitgesprächen zu den Leistungsvereinbarungen gelingen sollte, Genderziele bei allen Universitäten als Handlungsfeld weiterzuentwickeln und Maßnahmen dort zu setzen, wo Analysen einen deutlichen geschlechtsbezogenen Verzerrungseffekt (Gender Bias) identifizieren. 19 Prozent Professorinnen und wenigstens zwei Rektorinnen (ab Herbst 2011) sind zwar ein Erfolg, aber noch lange keine Zielerreichung. Zur Qualitätsentwicklung des Berufungsverfahren gibt es vielversprechende Vorschläge der AQA, die mit Unterstützung der Universitätenkonferenz, von Universitätsleitungen, Senaten und Berufungskommissionen umgesetzt werden können. Dem Gender Pay Gap als neuem Aufgabenfeld wird 2010 zunächst mit einer Erhebung des Lohngefälles zwischen Professorinnen und Professoren durch die Wissensbilanz begegnet.

Das Wissen über Gender hat Eingang in die Lehre und in die Organisation der Hochschulen gefunden, und der Benefit dieser Verankerung für die Universitäten ist enorm. Heute sind die Arbeitskreise für Gleichbehandlungsfragen, die Koordinationsstellen, einzelne Vizerektorate und Genderforschungsinstitute aus der universitären Organisationsstruktur nicht mehr wegzudenken.

„DIE QUOTE LEBEN TUT NICHT WEH“ – UNI-GREMIEN ALS ROLLENMODELLE



Sonja Hammerschmid
Dr.ⁱⁿ
Rektorin
Veterinärmedizinische
Universität

So oft mir Journalistinnen und Journalisten in den vergangenen Monaten die Frage stellten, wie es denn so sei als einzige Rektorin, so selbstverständlich wurde ich von meinen Kollegen in der uniko aufgenommen. Ich schätze die konstruktive, zielorientierte Arbeitsweise, den respektvollen Umgang miteinander und den wertvollen Austausch von Erfahrungen. Viele Themen wie Finanzierung, Sparvorgaben und Forschungsverwertung werden intensiv und sorgfältig diskutiert.

Ein Thema, das in der Öffentlichkeit derzeit für Aufregung sorgt und dort ebenso viele Befürworter wie Gegner findet, ist an den Universitäten längst gelebter Alltag: die Frauenquote. Seit Langem gefordert, nimmt die Politik die Umsetzung – zumindest in staatsnahen Betrieben – Schritt für Schritt in Angriff. Ein Blick nach Norwegen, wo die Frauenquote bereits 2003 gesetzlich verankert wurde, zeigt die positiven Erfahrungen und dass von einer Quote alle profitieren.

Diese Erfahrung teilen auch Universitäten. In deren Organisations- und Leitungsgremien ist die Frauenquote längst kein rotes Tuch mehr, sondern eine Selbstverständlichkeit, denn sie haben sich zu einem Frauenanteil von 40 Prozent verpflichtet. Eine Frage, die ich mir und die sich jeder verantwortungsvolle Mensch in diesem Zusammenhang stellen muss: Wie kann es sein, dass die Gesellschaft die Hälfte unserer Talente ignoriert? Wie ist das möglich in Zeiten, in denen Humanressourcen der limitierende Faktor für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit sind? Dass 50 Prozent der bestens Ausgebildeten der Zugang zu Leitungspositionen vorenthalten wird?

Mehr als die Hälfte der Studierenden sind mittlerweile Frauen. Sie schneiden besser bei Prüfungen ab und studieren schneller. Es ist schlicht verantwortungslos, der Gesellschaft und Wirtschaft dieses Potenzial vorzuenthalten. Die Quote leben tut nicht weh – Universitätsgremien zeigen, wie es geht.

HURRA-RUFE ÜBER ERSTE CHEFINNEN: TICKEN MEDIEN UND UNIS GLEICH?



Martina Salomon
Dr.ⁱⁿ
Stellvertretende
Chefredakteurin der
Tageszeitung KURIER

Ein starker Old Boys' Club, den keine Nachwuchssorgen plagen; nicht wirklich fixe Arbeitszeiten; viele Primadonnen (Frauen wie Männer), die einander jeden öffentlichen Auftritt neiden; jede Menge weibliche Einsteiger – aber immer noch wenige Frauen ganz oben: In mancher Hinsicht ticken Medien und Universitäten gleich. Beide halten sich für unheimlich fortschrittlich. Hurra, „Der Standard“ hat eine Chefredakteurin; hurra, die Vetmed hat eine Rektorin und demnächst sogar die TU Wien. Es geht voran.

Aber ist das schon das von Zukunftsforschern ausgerufenen Jahrhundert der Frau? Immerhin gibt es auch etliche Vize-Rektorinnen, aber nur selten dürfen sie beim Geld mitreden. Die Wiener WU ist mit Regina Prehofer eine rühmliche Ausnahme. Sie wird demnächst für Finanzen zuständig sein (ein Hoch auf Rektor Badelt!). Aber sehr oft sind Spitzenfrauen an den Unis nur für „Gender“ zuständig.

Auch in den Medien richten sich die Frauen häufig im Soft-Eck ein und sind als Moderatorinnen gefragt. Damit versuchen Veranstalter gern, die männliche Oberhoheit über die heimischen Diskussionspodien zu verschleiern. Man habe leider keine Diskutantinnen aufgetrieben, heißt es dann. Aber das ist nur die halbe Wahrheit: Manchmal muss man sie halt suchen, oft auch überreden, und nicht selten drängeln sich Männer vor.

Da gibt es etwa eine Chefin der Bioethikkommission, aber TV-Diskussionen zum Thema besetzt man lieber mit einem Mann. Weil Männer besser austreten und manchmal auch besser einstecken können? Wer den Kopf aus der Masse steckt, muss damit rechnen, dass ihm/ihr der Wind um die Ohren pfeift. Immer mehr Frauen sind bereit, dies auch auszuhalten. Das lässt hoffen, dass es bald mehr Primaria als Genderbeauftragte an den Unis gibt.

GASTKOMMENTAR

FACHHOCHSCHULEN IM TERTIÄREN BILDUNGSEKTOR: GEMEINSAMES HANDELN ALS ERFOLGSFAKTOR



Werner Jungwirth
Prof. Dr.
Präsident der
Österreichischen
Fachhochschul-Konferenz
bis November 2010

F Schon kurz nach dem Start der ersten Fachhochschul-Studiengänge 1994 wurde deutlich, dass es eine enge Zusammenarbeit zwischen den Anbietern dieses neuen Bildungssegments geben muss, um eine rasche Umsetzung und Positionierung im tertiären Sektor zu erreichen. Die Vorgaben waren klar und eindeutig: z. B. „Mobilisierung von Bildungsreserven“, „Regionalisierung des tertiären Bildungsangebots“, „einhaltbare Studiendauer“ etc.

Als Grundlage für diese Angebote wurde allerdings nicht die öffentlich-rechtliche Einrichtung der Fachhochschulen, sondern das „Public-Private-Partnership-Modell“ gewählt, in dem sich der Bund auf eine Akkreditierungs-, Evaluierungs- und Finanzierungsposition zurückgezogen hat. Eine Folge dieses neuen Ansatzes war unter anderem das Entstehen einer Konkurrenzsituation zwischen den einzelnen „Erhaltern“.

Diese Situation war zwar grundsätzlich zu begrüßen, barg aber auch Gefahren für den Gesamtsektor in sich. Da aufgrund der „Kleinheit“ des Sektors in den Anfangsjahren eine kontinuierliche Entwicklung der Fachhochschulen durch Einzelinteressen oder externe Einflussfaktoren hätte gefährdet sein können, war es für die Geschäftsführer/innen eine logische Konsequenz, sehr rasch eine (freiwillige) Interessenvertretung zu gründen. Es haben sich daher bereits im Jahr 1996 alle Erhaltervertre-

ter/innen und alle wissenschaftlichen Vertreter/innen (Studiengangsleiter/innen) zum Verein „Österreichische Fachhochschul-Konferenz (FHK)“ zusammengeschlossen, dem heute alle fachhochschulischen Institutionen (vertreten durch ihre Geschäftsführer), alle Studiengangsleiter/innen und Leiter/innen der Kollegien angehören. Dieser frühe Zusammenschluss aller Betroffenen und ihr gemeinsames Auftreten waren sicher ein wesentlicher Faktor für die positive Entwicklung des Sektors.

Gerade im Zuge der „Hochschuldebatte“ der letzten Jahre hat sich diese Geschlossenheit als hilfreich erwiesen, und es ist auch gelungen, eine Reihe von Anregungen einzubringen und durchzusetzen, die die Entwicklung des Hochschulsektors insgesamt unterstützt haben. Neben dem Bereich der Qualitätssicherung bezieht sich die österreichweite Zusammenarbeit in der FHK auch auf Fragen der Personal- und Organisationsentwicklung sowie der Internationalisierung. Auch zum Themenkreis der fachhochschulischen Forschung findet ein kontinuierlicher Austausch unter den Fachhochschulen statt.

Resümierend kann daher festgestellt werden, dass die freiwillige Zusammenarbeit aller Beteiligten im FH-Sektor und die Ergebnisse dieser Zusammenarbeit ein gutes Beispiel dafür sind, dass gemeinsames Handeln ein Erfolgsfaktor sein kann, wenn alle das gleiche Ziel verfolgen. **J**

SPERSPITZE BEI STUDIENPLATZFINANZIERUNG UND EXPERTENFORUM FÜR BUDGETFRAGEN

F Auch unter neuer Führung standen für das **Forum Budget** der Universitätenkonferenz (uniko) die ungelösten Fragen der Universitätsfinanzierung an der Spitze der Agenda. Alfred Gutschelhofer, Rektor der Universität Graz, löste im Februar 2010 den bisherigen Vorsitzenden des Forums, Rektor Heinrich Mayr (Universität Klagenfurt), ab und versuchte, aus den angelaufenen Budgetbegleitgesprächen des Wissenschaftsministeriums (BMWF) mit den einzelnen Rektoraten die Konsequenzen aufzuzeigen und eine Strategie zu entwickeln.

Die Spitzenbeamten des BMWF hatten im Frühjahr damit begonnen, die Universitätsleistungen mit dem vom Finanzministerium ausgegebenen Sparkurs zu konfrontieren. Die Rektoren wurden dabei nicht nur zur Suche nach Einsparungspotenzialen in der laufenden Periode angehalten, es wurden ihnen auch einschneidende Kürzungen für die nächste Leistungsvereinbarungsperiode ab 2013 in Aussicht gestellt; was zu geharnisstem Widerstand der uniko führte.

„Ein bemerkenswerter Schritt war die Bereitschaft im Forum, bei den Kernthemen Experten heranzuziehen und mit Vorarbeiten zu beauftragen“, resümiert Vorsitzender Gutschelhofer. Damit habe man auch zur Meinungsfindung im Präsidium und Plenum der uniko entscheidend beigetragen. Noch bevor sich das BMWF im Auftrag der Regierungsspitze dazu entschloss, mit der Studienplatzfinanzierung Ernst zu machen und eine Studie in Auftrag zu geben, hatte das **Forum Budget** bereits eige-

ne Modelle durchrechnen lassen. Nur wenige Tage nach dem Jahreswechsel 2010/11 zeigte sich bei einer Sitzung des Forums eine deutliche Präferenz für das sogenannte Preismodell (Multiplikation der Preise mit der Menge an Studienplätzen) gegenüber dem Verteilungsmodell (Preisberechnung auf Basis des zur Verfügung stehenden Budgets). Auch bei der Novellierung der Rechnungsabschlussverordnung, die einen möglichst einheitlichen Datenbestand seitens der Universität und des BMWF sicherstellen soll, bewährten sich die Vorbereitungen durch eine Arbeitsgruppe innerhalb des Forums.

Beachtlichen Aufwand verursachte auch die Novelle zur Wissensbilanzverordnung, die der ganzheitlichen Darstellung, Bewertung und Kommunikation von immateriellen Vermögenswerten und Leistungsprozessen der Universität und deren Wirkungen dient und die Grundlage für die Erstellung der Leistungsvereinbarung bildet. Auch wenn die Reform insgesamt als Kompromiss angesehen wurde, der noch einiges an Verbesserungsbedarf offen ließ, gelang es dem Forum, in den Verhandlungen die überbordenden Wünsche von Ministeriumsseite bezüglich der Datenlieferung einzudämmen.

Nicht zuletzt brachte sich das **Forum Budget** auch auf internationaler Ebene ein: Für das Projekt der European University Association (EUA) zur Erhebung von Kostenrechnungsmodellen in einzelnen Ländern erklärten sich die Mitglieder des Forums bereit, den notwendigen Bedarf beim Datentransport zu decken. *mk*



GASTKOMMENTAR

VOM AUSTAUSCHDIENST ZUR AGENTUR: OeAD-GMBH MIT NEUEM ROLLENVERSTÄNDNIS



Hubert Dürrstein
Univ.-Prof. Dr.
Geschäftsführer
OeAD-GmbH

F Mit Beginn 2009 erfuhr die für europäische und internationale Austausch- und Mobilitätsprogramme zuständige Einrichtung – der damalige Österreichische Austauschdienst (ÖAD) – eine ihrer wichtigsten Veränderungen in ihrer jetzt nahezu 50-jährigen Geschichte. Der ÖAD wurde nach 48 Jahren, in denen er als Verein der hochschulischen Einrichtungen geführt wurde, in eine GmbH des Bundes – die OeAD-GmbH (Austrian Agency for International Cooperation in Education and Research) – umgewandelt.

Die Transformation vom Verein zur GmbH ist vor dem Hintergrund zu sehen, die Potenziale von internationalen Kooperationen in Wissenschaft und Forschung sowie der Erschließung der Künste, der Hochschulbildung und der (Aus-)Bildung bestmöglich zu nutzen. Dazu soll sich die OeAD-GmbH als anerkannte österreichische Agentur positionieren, wozu sie sämtliche Kompetenzen für die Internationalisierungsaktivitäten bündelt und aufeinander abstimmt. Zu diesen gehören über das bestehende Leistungsangebot hinaus als Neuerung die technisch-administrative Unterstützung der beiden Universitätsnetzwerke (ASEA-Uninet und Eurasia-Pacific-Uninet) oder auch die Abwicklung des Lektoratsprogramms.

Das neue Rollenverständnis bedeutet eine Reihe weiterer Herausforderungen, zu denen ein gemeinsames Verständnis mit den Partnerein-

richtungen und den Stakeholdern zu erarbeiten war und ist. So war die OeAD-GmbH erstmals angehalten, in einem Unternehmenskonzept ihre strategischen Überlegungen darzulegen. Dessen Prinzipien und die erfolgreiche Umsetzung bedurften eines permanenten Dialogs.

Im Rückblick auf die ersten beiden Jahre in der neuen Organisationsform kann eine weitgehend positive Zwischenbilanz gezogen werden. So ist es nicht nur gelungen, die gewohnten Leistungen in bewährter Form anzubieten, sondern es konnten auch neue Initiativen gestartet werden, die mittlerweile sowohl in den OeAD-Gremien, in denen die Universitäten durchwegs vertreten sind, sowie im Forum Internationales der Universitätenkonferenz auf der Tagesordnung stehen und Abstimmungsprozesse ausgelöst haben.

Die vorrangigen gemeinsamen Themen sind die Neuausrichtung des Hochschul- und Bildungsmarketings sowie Überlegungen, das Förder- und Stipendienwesen mit neuen Finanzierungsmodellen auf eine nachhaltige Basis zu stellen. Es geht darum, akkordierte Maßnahmen zu setzen, um auf institutioneller Ebene die internationale Präsenz und Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Das braucht auf individueller Ebene ein Verständnis für internationale Agenden, wozu eine Voraussetzung attraktive und finanziell abgesicherte Programme zur internationalen Mobilität sind.

BRIEFVERKEHR UND RUNDER TISCH – FREMDENRECHT ALS SPECIAL INTEREST DER uniko

Keine gesetzlichen Aktivitäten zum Fremdenrecht ohne kritische Durchleuchtung durch die Universitätenkonferenz (uniko): Auch im abgelaufenen Jahr führte am **Forum Internationales** der uniko kein Weg vorbei, als es darum ging, aktuelle und künftige Problemfelder beim Austausch bzw. der Beschäftigung von Studierenden sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus dem Ausland aufzuzeigen und den Einfluss bei den politischen Entscheidungsträgern geltend zu machen. Der rege Briefverkehr des Forumsvorsitzenden Rektor Wolfhard Wegscheider mit den Bundesministerien für Inneres, für europäische und internationale Angelegenheiten und für Wissenschaft und Forschung führte unter anderem zu einem Vorstoß von Außenminister Michael Spindelegger, einen Runden Tisch mit allen beteiligten Stellen einzurichten – ein Wunsch, dem die uniko gern nachkam: Die eingeladenen Vertreterinnen und Vertreter der drei Bundesministerien sowie der Magistratsabteilung 35 der Stadt Wien deponierten am 22. Oktober ihre Bereitschaft, bürokratische Hindernisse zu beheben.

Ambivalente Reaktionen lösten auch die Aktivitäten der Sozialpartner in Sachen Rot-Weiß-Rot-Card, eines „kriteriengeleiteten Zuwanderungsmodells“ für Österreich, im **Forum Internationales** aus: Vorsitzender Wegscheider nahm die Präsentation des Papiers im Herbst zum Anlass, um in Schreiben an das Innen- und an das Sozialministerium für die Anliegen der Studierenden aus Drittstaaten einmal mehr eine Lanze zu brechen und Anregungen zu deponieren. So schlug er unter anderem einen „Fast Track“ für sogenannte „High

Potentials“ bei der Niederlassungsbewilligung vor: Diese könnten in einem von den heimischen Universitäten anerkannten Auswahlverfahren ausgesucht und bereits für das Bachelor-Studium nach Österreich geholt werden. Auch wenn sich die Fortschritte bei den Gesetzesnovellen eher zäh gestalten, lässt Wegscheider nicht locker: „Das Fremdenrecht ist eine Kernaufgabe unseres Forums, weshalb es gilt, ständig Druck auf die Entscheidungsträgerinnen und -träger auszuüben.“

Einen eigenen Workshop richtete das **Forum Internationales** gemeinsam mit dem OeAD Anfang 2010 zum Nord-Süd-Hochschulkoope-
rationsprogramm aus. Ziel dieser Initiative ist es, zwischen den Hochschulen in Österreich und den Partnerländern in der Dritten Welt einen Wissensdiskurs zu etablieren. Im Rahmen des sogenannten „Appear“-Programms zur Förderung von Partnerschaften in Lehre, Forschung und Management wurden bis Jahresende mehrere Dutzend Anträge für Anbahnungsfinanzierung und Hochschulpartnerschaften eingereicht. Auch bei der von der EU-Kommission in Angriff genommenen Strategie für den Donauraum brachte sich die uniko mit einem Positionspapier ein.

Die auch 2010 wiederholt vorgebrachte Kritik der Forumsmitglieder am heimischen Hochschulmarketing des OeAD führte dazu, dass die Initiatoren substanzielle Verbesserungen wie professionelle Gestaltung des Messestands bei internationalen Bildungsmessen und Ausweitung der Standfläche für die Universitäten in Angriff nehmen werden. *mk*



ANALYSE

VON BONN ÜBER WIEN BIS BUDAPEST: STRUKTURFONDS ALS QUELLE FÜR UNIVERSITÄTEN



Wolfgang Nedobity
Mag.
Referent für
Budget und Forschung

■ Im Lauf des Berichtsjahres trat die deutsche Hochschulrektorenkonferenz an einige Partnerkonferenzen in Mitteleuropa mit dem Vorschlag heran, eine informelle Arbeitsgruppe zum Thema „Hochschulen und Strukturfonds“ zu gründen. Neben Deutschland haben daraufhin Österreich, Polen und Ungarn ihre Mitarbeit an diesem Ad-hoc-Projekt zugesagt. Die erste Sitzung fand am 24. September in Bonn statt, gefolgt von zwei weiteren Sitzungen in Wien und Budapest. Im Mittelpunkt der Beratungen standen eine Analyse der bisherigen Diskussion über die Zukunft der EU-Kohäsionspolitik sowie eine Bestandsaufnahme der Bedürfnisse der europäischen Hochschulen bei der Erschließung der Strukturfonds als Finanzierungsquelle von zunehmender Bedeutung.

Das Ergebnis wurde mittlerweile in der Form eines Positionspapiers sowohl der EUA als auch den einzelnen Mitgliedskonferenzen vorgelegt. Es enthält sechs Forderungen:

- Die Strukturfonds, das Rahmenprogramm für Forschung und die Innovationsförderung sind politisch und administrativ aufeinander abzustimmen.
- Das Wissensdreieck ist auch bei der Kombination der Finanzierungsquellen abzubilden.
- Der Kofinanzierungsmechanismus soll nicht zum Schaden der Hochschulen eingesetzt werden.
- Die Vereinfachung der Regeln und Prozeduren ist unabdingbar.

■ Eine innovationsfördernde Beschaffungspolitik ist zu ermöglichen.

■ Sowohl der Wettbewerb und die unparteiische Entscheidungsfindung als auch die Qualitätssicherung sind im Sinne einer Exzellenzförderung und Kapazitätsbildung zu festigen.

Diese Forderungen wurden nicht zuletzt im Hinblick auf die Tatsache erhoben, dass die Einrichtungen des tertiären Sektors einen nicht unerheblichen Beitrag zur regionalen Entwicklung und zur Wettbewerbsfähigkeit der Regionen leisten. Bereits beim Trilateralen Treffen im September wurde dazu festgehalten: „Eine konsequente und ganzheitlich gedachte Innovationspolitik muss auch die EU-Kohäsionspolitik mit einschließen. Kapazitätsbildende Maßnahmen an europäischen Hochschulen, die noch auf dem Weg zur Exzellenz in der Forschung sind, müssen stärker als bisher gefördert werden. Regionale Entwicklungspläne müssen die Funktion von Hochschulen als treibende Kraft im Zentrum lokal ansässiger Innovationsverbünde berücksichtigen.“

Im zweiten Bericht des European Research Area Board (ERAB) aus dem Jahr 2010 wurde in diesem Sinne sogar eine Reservierung von 30 Prozent der Strukturfonds für Projekte im Bereich Forschung, Entwicklung und Innovation angeregt. Schließlich könnte eine derartige Maßnahme wesentlich dazu beitragen, die Europa-2020-Strategie zum Erfolg zu führen. ■

MIT POLITIK DER KLEINEN SCHRITTE ZUR VOLLKOSTENFINANZIERUNG DER FORSCHUNG

Steter Tropfen höhlt den Stein, selbst im Bürokratiegestrüpp der EU: Vier Monate nach ihrem Amtsantritt stattete Wissenschaftsministerin Beatrix Karl dem **Forum Forschung** der Universitätenkonferenz (uniko) Anfang Juni ihren ersten Besuch ab und nahm dort den Wunsch der Mitglieder nach einer vereinfachten Abwicklung von Förderanträgen im Rahmen der europäischen Forschungsförderung entgegen – ein Anliegen, das die Ressortchefin nach der Sitzung auch gegenüber der neuen EU-Kommissarin Máire Geoghegan-Quinn unterstützte.

Eine 2010 gestartete Petition von mehr als 10.000 Forscherinnen und Forschern aus Europa, darunter mehr als tausend Unterschriften aus Österreich (!), zeigte die erwünschte Wirkung: Die Kommissarin erklärte im Jänner 2011 offiziell, es würden Maßnahmen eingeleitet, dass Wissenschaftler wieder „mehr Zeit im Labor und weniger Zeit mit der administrativen Arbeit für die Mittelbeschaffung“ verbringen können.

Neben diesem Beitrag zu einem Fortschritt auf internationaler Ebene konnte das **Forum Forschung** auch im nationalen Wissenschaftsbetrieb die Interessen der Universitäten wahren. Der zu Jahresbeginn im Amt bestätigte Vorsitzende des Forums und Vizerektor der Universität Wien, Heinz Engl, zieht jedenfalls ein positives Resümee: „Es ist uns gelungen, mit unserer Argumentation dazu beizutragen, dass zumindest für Einzelprojekte der Wissenschaftsfonds FWF die Overheads wieder einführen konnte und damit ein kleiner Schritt in Richtung Vollkostenfinanzierung der Forschung gegangen wurde.“

Das Forum befasste sich – auch als Folge der einsetzenden Diskussion über eine Studienplatzfinanzierung – mit Vorschlägen für ein Forschungsfinanzierungskonzept, darunter ein Modell, das sich aus Grund- und Wettbewerbsfinanzierung zusammensetzt. Zu diesem Zweck wurde auch ein Abstimmungsgespräch mit dem FWF geführt, 2011 werden die Positionen der uniko präsentiert.

Der Sparkurs der Bundesregierung warf 2010 bereits seine Schatten voraus: Die Beendigung des Programms uni:invent hatte nicht nur zur Folge, dass die Universitäten die Erfinderberater/innen weiterfinanzieren müssen, sondern nunmehr allein die Patentierungskosten tragen müssen. Rückflüsse, die diese Kosten abdecken könnten, sind erst über einen längeren Zeitraum hin zu erwarten. Der Vorsitzende des Forums hat daher in einem Schreiben an die zuständigen Ressortminister auf diese unbefriedigende Situation aufmerksam gemacht.

Wie schon im Vorjahr fand auch 2010 das vom **Forum Forschung** betreute Universitätenforum Alpbach regen Zuspruch. Das Thema „Arts-based Research“ bot einen Einblick in die Entwicklungen der österreichischen Universitäten und beleuchtete jene Prozesse, bei denen künstlerische Wissensproduktion von Reflexion begleitet wird und so zu einem Erkenntnisgewinn in der Gesellschaft führt. In den Diskussionen wurde der Frage nach dem Verhältnis zwischen Kunst und Gesellschaft im Spannungsfeld von Kunstmarkt, ästhetischen Positionen, Medialisierung und politischer Kunst nachgespürt. mk



KOMMENTAR

HALBZEIT AUF DER BOLOGNA-REISE: IMPRESSIONEN AUS DER ERSTEN DEKADE



Elisabeth Westphal

Mag.^a
Referentin für
Bologna-Prozess,
Hochschulbildung in Europa
und Lehre

Laut den ursprünglichen Plänen sollte 2010 der Europäische Hochschulraum Realität geworden und somit das Ziel des Bologna-Prozesses erreicht sein. Bereits Jahre zuvor war absehbar, dass dieses ambitionierte europäische Projekt – die Umstellung der hochschulischen Studien auf eine dreigliedrige Struktur – mehr Zeit brauchen würde.

Der Fahrplan wurde 2009 um elf Jahre erweitert: Bis 2020 sollen keine neuen Aktionspunkte mehr in Communiqués einfließen. Ganz im Gegenteil: Nachbesserungen und eine vertiefte Implementierung sollen im Mittelpunkt der zweiten Dekade stehen.

Die Einführung des Bologna-Prozesses und die Entscheidung der österreichischen Bundesregierung, an diesem teilzunehmen, hatten nach der Entlassung der Universitäten in die Autonomie auch eine interne Neuordnung der Universitätenkonferenz zur Folge: So wurden das Forum Lehre und eine Referentenstelle für den Bologna-Prozess, Lehre und Hochschulbildung in Europa ins Leben gerufen. Im Rahmen des Forums Lehre bekamen Vize-Rectoren/innen die Möglichkeit, sich auszutauschen, zu koordinieren und zu informieren.

Insbesondere ab 2005 gab es zunehmend mehr Aktivitäten im Bereich Bologna, die von Universitäten und der uniko initiiert wurden.

So wurden Anlaufstellen für Bologna-spezifische Themen und Fragen geschaffen, die universitätsintern Hilfestellungen angeboten haben. Die uniko versuchte, die Universitäten in ausgewählten Bereichen inhaltlich zu unterstützen bzw. gemeinsam Maßnahmen zu erarbeiten. Die Themenpalette reichte von Bachelor- und Doktoratsstudien bis hin zum Nationalen Qualifikationsrahmen. Diese Aktivitäten wurden 2008 durch einige Bologna-spezifische Projekte verstärkt.

Die in den ersten elf Jahren des Bologna-Prozesses gesammelten Erfahrungen haben auch den Beweis gebracht, dass sich die unterschiedlichen Universitätstypen (wissenschaftliche, medizinische, technische, künstlerische) weder in ihrem Verständnis noch bei der Umsetzung der dreigliedrigen Studienstruktur über einen Kamm scheren lassen. Der Paradigmenwechsel von der Input- zur Outputorientierung und die daraus abzuleitenden Konsequenzen für die Lehre kommen langsam an. Obgleich die Universitäten bereits vor dem Jubiläumsjahr begonnen haben, ihre Curricula nachzujustieren, gibt es noch einige Herausforderungen für die kommende Dekade wie die Umstellung von Lehramts- und Medizinstudien auf Bologna, eine Steigerung des Bewusstseins in puncto Zielsetzungen des Prozesses sowie eine kritische Auseinandersetzung damit.

UNIVERSITÄRER MASTERPLAN FÜRS LEHRAMT uniko POCHT AUF AUTONOMIE BEI STUDIENPLÄNEN

F Das starke Interesse der Universitäten am Lehramt auch öffentlich zu bekunden – dieser Mission fühlte sich das **Forum Lehre** der Universitätenkonferenz (uniko) 2010 mehr denn je verpflichtet. Die 2009 von Unterrichts- und Wissenschaftsministerium eingesetzte Gruppe von Expertinnen und Experten hatte zwar im März 2010 ihren Endbericht über die „Lehrer/innenbildung neu“ vorgelegt, der weitere Fahrplan zur Umsetzung ließ aber wenig Klarheit seitens der Politik erkennen. Die intensive Vorarbeit des Forums führte dazu, dass eine der Hauptforderungen – Masterabschluss für alle Sekundarstufenlehrer/innen – Mitte Juni in einer offiziellen Stellungnahme der uniko verabschiedet wurde. Wenige Wochen nach dem Jahreswechsel 2010/11 forderte das uniko-Präsidium auch öffentlich die Ausbildung aller Pädagogen/innen inklusive jener der Vorschule auf tertiärem Niveau.

Hintergrund der verstärkten Aktivität des **Forums Lehre** und der neu eingerichteten „Task Force Lehramt“ war die erkennbare Tendenz diverser Gruppen, ihre Ziele und Besitzansprüche auf Kosten der Universitäten durchzusetzen. Das Forum und in der Folge auch die uniko verdeutlichten, dass – unabhängig von möglichen Kooperationsmodellen – die Curricularentwicklung und Qualitätssicherung in den Bereichen Fachwissenschaft, Fachdidaktik, Pädagogik und Schulpraxis als eine in der Verantwortung der Universitäten liegende Kernaufgabe betrachtet wird. Forums-Vorsitzender Arthur Mettinger: „Die österreichischen Universitäten sehen Lehrer- und Lehrerinnenbildung als eine ihrer

wesentlichen gesellschaftlichen Aufgaben – im Sinne dieses Selbstverständnisses werden wir uns in diesem Bereich nicht an den Rand drängen lassen!“

Für Verwunderung bei den Mitgliedern des **Forums Lehre** sorgten in der ersten Jahreshälfte die angekündigten Aktivitäten des Wissenschaftsressorts bezüglich „Bologna reloaded“, eine Reaktion auf die Studentenproteste vom Herbst 2009. Vorsitzender Mettinger sah sich daher zu einer öffentlichen Klarstellung veranlasst, dass „die Kompetenz für die Gestaltung der Studienpläne eindeutig in der Autonomie der Universitäten liegt“ und auch künftig von den zuständigen universitären Leitungsorganen wahrgenommen werde. Tatsächlich hatten die einzelnen Universitäten schon vor der groß angelegten internationalen „Bologna-Ministerkonferenz“ in Budapest und Wien im März 2010 begonnen, ihre Studienpläne auf Schwachstellen hin zu überprüfen und zu überarbeiten sowie Beispiele für „Good Practice“ zu sammeln.

Auch der Dauerbrenner „Nationaler Qualifikationsrahmen“ (NQR), der sämtliche Ausbildungsniveaus miteinander in Beziehung setzen und dadurch vergleichbar machen soll, hielt das **Forum Lehre** auf Trab. Der NQR soll im Endausbau mit acht Referenzniveaus an den europäischen Rahmen (EQR) gekoppelt werden. Seitens der Universitäten wurde fixiert, dass die Abschlüsse ihrer Absolventen/innen den Levels 6 (Bachelor), 7 (Master) und 8 (Doktorat, PhD) zugeordnet werden. *mk*



ANALYSE

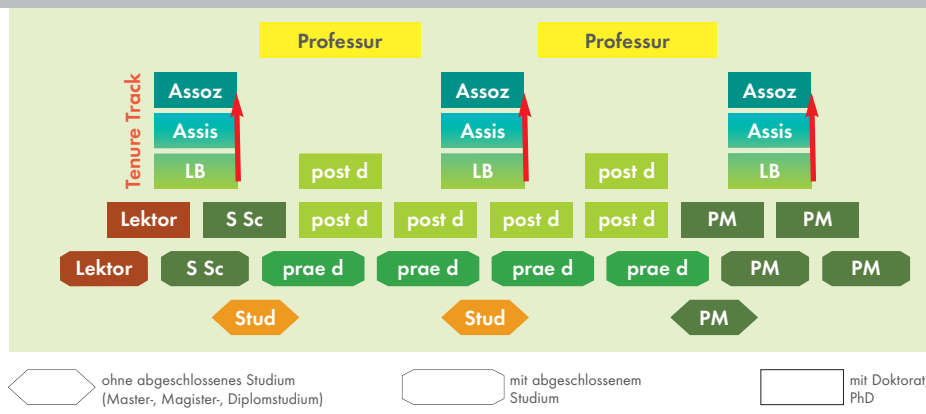
KOLLEKTIVVERTRAG: NEUE PERSONALSTRUKTUR UND DIE STATIONEN ZUR PROFESSUR



Doris Schöberl
Mag.ª
Stellvertretende
Generalsekretärin
Rechtsfragen
Dachverband der
Universitäten

Der Universitätskollektivvertrag ist seit mehr als einem Jahr in Kraft, dessen ungeachtet ist das neue Dienstrecht und Laufbahnmodell noch nicht vollständig im Bewusstsein aller Universitätsangehörigen und

der interessierten Öffentlichkeit verankert. Die nachfolgende Grafik soll daher einen Überblick über die neuen Personalstrukturen und Karrieremöglichkeiten an den Universitäten vermitteln.



Erläuterungen:

Stellenausschreibungen an den Universitäten sind international oder zumindest EU-weit zu veröffentlichen.

Stud: Studentische Mitarbeiter/innen

Sie können auch im Rahmen von Projekten beschäftigt werden.

prae d: Universitätsassistenten/innen ohne Doktorat¹

Das Arbeitsverhältnis dient zur Vertiefung und Erweiterung der fachlichen und wissenschaftlichen/künstlerischen Bildung.

PM: befristet beschäftigte wissenschaftliche/künstlerische Projektmitarbeiter/innen¹

S Sc: Senior Scientist (wiss. Fächer) / Senior Artist (künstl. Fächer)

Je nach Arbeitsvertrag können sie mit unterschiedlicher Ausprägung in der Wissenschaft / den Künsten, in der Verwaltung oder in der Lehre eingesetzt werden. Senior Lecturer sind eine Sonderform der Senior Scientists / Artists, da sie überwiegend in der Lehre eingesetzt werden.

Lektor: Lektoren/innen¹

Sie sind teilzeitbeschäftigt und werden ausschließlich in der Lehre verwendet.

post d: Universitätsassistenten/innen mit Doktorat¹

Zusätzlich zu den Aufgaben der prae d soll Berufbarkeit auf Professoreinstellen am internationalen wissenschaftlichen/künstlerischen Arbeitsmarkt erreicht werden.

Karrieremodell / Tenure Track System:

LB: Laufbahnstellen, Universitätsassistenten/innen mit Doktorat/PhD²

Die Ausschreibung erfolgt ausdrücklich als Laufbahnstelle. Die Universität hat bis zu zwei Jahre Zeit, die Qualifizierungsvereinbarung (QV) anzubieten.

Assis: Assistenzprofessor/in

Mit Abschluss der QV befindet man sich im eigentlichen Karriereschema. Die QV ist so zu gestalten, dass sie innerhalb der Befristung erfüllt werden kann, d. h., es ist ausreichend Zeit zu gewähren, insbesondere sind jene Möglichkeiten und Ressourcen zur Verfügung zu stellen, die zum Erreichen der Qualifikation notwendig sind.

Assoz: Assoziierte/r Professor/in

Mit Erfüllung der QV wird man Assoziierter Professor/in; Rechte und Pflichten sind arbeitsrechtlich denen der berufenen Professoren/innen nachgebildet, organisationsrechtlich gehört man weiterhin zum akademischen Mittelbau.

Professur: Universitätsprofessor/in

Eine Professur ist nur mittels Berufungsverfahren nach § 98 UG oder einem verkürzten Berufungsverfahren nach § 99 UG zu erreichen.

¹ Rotationsstelle: befristet

² Laufbahnstelle: befristet, bei Zielerreichung Umwandlung in unbefristet



1 FÜR EINE HANDVOLL EURO. Nach der gemeinsamen Pressekonferenz in Graz am 1. Oktober veranschaulichen die Chefs von drei steirischen Universitäten mit ihren leeren Hosentaschen den Ernst der budgetären Lage: Rektor Hans Sünkel, TU Graz (Mitte); Rektor Wolfhard Wegscheider, Montanuni Leoben (rechts); Vizerektor Martin Polaschek, Uni Graz (links).

2 AUDIENZ IN DER HOFBURG. Bundespräsident Heinz Fischer empfängt in der Hofburg am 27. Oktober die wichtigsten Repräsentanten der Wissenschaftsinstitutionen, darunter Rektorenchef Hans Sünkel, zu Konsultationen.

3 SALZBURGER DREIKLANG. Als Premiere geht die gemeinsame Pressekonferenz von Landeshauptfrau Gabi Burgstaller (SPÖ) mit zwei Präsidiumsmitgliedern der uniko, Heinrich Schmidinger (links) und Hans Sünkel (rechts), in die Annalen ein: ÖH-Aktivistinnen bilden am 31. Mai die Hintergrundkulisse zum Auftritt vor den Medien anlässlich der Plenarversammlung an der Salzach.

4 KAFFEE MIT SCHLAG. Im Wiener Café Landtmann servierten am 1. Oktober die drei uniko-Präsidiumsmitglieder Gerald Bast (Mitte), Christoph Badelt (rechts) und Georg Winckler der Bundesregierung den „Denkzettel“ für ein Jahr hochschulpolitischen Stillstands.

5. FRAUENPOWER IM TALAR. Als zweite Rektorin nach Ingela Bruner wird Sonja Hammerschmid (links) am 7. Dezember 2010 ins Amt eingeführt. Die neue Rektorin der Vetmed nimmt im Beisein des Unirats-Vorsitzenden Helmut Pechlaner die Glückwünsche von Bundesministerin Beatrix Karl (ÖVP) entgegen.



KOMMENTAR

ZU GUNSTEN DER KUNST: ARTS-BASED RESEARCH UND DOKTORATSSTUDIUM RÜCKEN IN DEN FOKUS



Gerald Bast
Dr.
Rektor
Sprecher der Arbeitsgruppe
Kunstuniversitäten

Das Thema „künstlerische Forschung“ nahm auch im Jahr 2010 eine zentrale Bedeutung in der Debatte um die Zukunft der Kunstuniversitäten ein. Arts-based Research war das Generalthema des Universitätstags beim Europäischen Forum Alpbach. Die ersten Erfahrungen mit dem 2009 eingerichteten FWF-Programm zur Entwicklung und Erschließung der Künste (PEEK) wurden bei dieser Gelegenheit von der Wissenschaftsministerin sowie Rektoren und Professoren der Kunstuniversitäten ebenso analysiert wie die Praxis künstlerischer Forschung als Instrument ästhetischer – und gesellschaftlicher – Innovation.

Die Frage der Einführung eines Doktoratsstudiums der Künste – zusätzlich zu den an den Kunstuniversitäten bereits etablierten wissenschaftlichen Doktoratsstudien – wird von den österreichischen Kunstuniversitäten ähnlich differenziert beurteilt, wie dies in der einschlägigen europäischen Hochschullandschaft der Fall ist: Während mehrere Kunsthochschulen den Weg eines künstlerischen Doktorats nach dem Muster des angloamerikanischen „PhD in practice“ beschritten haben, setzen andere auf die Idee der organisatorischen Implementierung künstlerischer Projektforschung außerhalb eines formalisierten akademischen Studienprogramms.

Auch wenn die Kunstuniversitäten nicht mit derart unzumutbaren Kapazitätsengpässen kon-

frontiert sind wie die großen wissenschaftlichen Universitäten, stellt sich auch für sie die Frage nach der Finanzierungsbasis für die Leistungsvereinbarungsperiode 2013 bis 2015. Dies wurde beim Universitätsgipfel mit der Bundesregierung zum Jahresende 2010 neuerlich betont. Tatsache ist, dass reale Budgetkürzungen an kleinen Universitäten ganz besonders dramatische Auswirkungen haben, weil es, strukturell bedingt, so gut wie keine Budgetflexibilität gibt. Die Kunstuniversitäten brauchen daher – unabhängig von Diskussionen über neue Modelle der Universitätenfinanzierung unter Anwendung von Studienplatzkosten – jedenfalls ihren proportionalen Anteil an einer Erhöhung des Universitätsbudgets ab 2013, welcher zumindest die laufenden Kostensteigerungen abdecken muss!

Dass die Universitäten ab dem Jahr 2013 rund 300 Millionen Euro jährlich benötigen, nur um den Status quo in Lehre, Forschung und Kunstentwicklung aufrechterhalten zu können, ist allgemein unbestritten. Unklar ist nach wie vor, ob auch die notwendigen politischen, d. h. budgetgesetzlichen Konsequenzen gezogen werden. Am Ergebnis wird man sehen können, wie ernst der – gesellschafts- und wirtschaftspolitische – Anspruch zu nehmen ist, gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die internationale Positionierung Österreichs als innovativer Wissenschafts- und Kulturstaat sicherzustellen.

KLINISCHER MEHRAUFWAND ALS QUERFINANZIERUNG: POTENZIAL DER MEDIZINISCHEN UNIS IST ERSCHÖPFT

Wolfgang Schütz

Univ.-Prof. Dr.
Rektor
Sprecher der Arbeitsgruppe
Medizinische Universitäten



In 2010 stand bei den Medizinischen Universitäten das Thema „Klinischer Mehraufwand“ im Zentrum der Diskussion. Es handelt sich dabei um jenen finanziellen Aufwand, der den Ländern Wien, Steiermark und Tirol dadurch erwächst, dass deren jeweils größte Krankenanstalten neben den Bedürfnissen der regionalen Krankenversorgung auch medizinische Forschung und Lehre zu erfüllen haben. Die Mittel dafür stellt der Bund den Ländern seit 2004 über die Medunis zur Verfügung.

Die Mittel sind somit Bestandteil des Globalbudgets für die 21 öffentlichen Universitäten. Sie setzen sich zusammen aus den Kosten für die bei den Universitäten angestellten Ärztinnen und Ärzte, einem zusätzlichen Cash-Betrag von ca. 150 Mio. Euro pro Jahr sowie Kosten für Geräteanschaffungen und Bauinvestitionen (28 Mio. Euro). In Wien ist die Höhe des klinischen Mehraufwands durch eine Vereinbarung zwischen Bund und Stadt Wien bis 2015 geregelt. In Graz existiert eine Vereinbarung zwischen dem im Eigentum des Landes Steiermark stehenden Betreiber des LKH Graz, der KAGES, und der Medizinischen Universität Graz. In Innsbruck gibt es keine Regelung.

Trotz dieser Unterschiede gilt eine gemeinsame Aussage für alle drei Standorte: Die Summen, die der Bund hier seit über 50 Jahren unter dem Ansatz „Klinischer Mehraufwand“

den Ländern zahlt, sind bei Weitem überhöht. Es handelt sich vielmehr um eine signifikante Querfinanzierung der in die Aufgabe der Länder fallenden regionalen Krankenversorgung und damit um eine ebensolche Belastung des Globalbudgets nicht nur der Medizinischen Universitäten, sondern letztlich aller öffentlichen Universitäten.

Dieses Ergebnis brachte eine Analyse der Medizinischen Universitäten, nachdem sie nach betriebswirtschaftlichen Kriterien die Leistungen und Gegenleistungen errechnet hatten, die die jeweiligen Krankenanstalten erbringen bzw. erhalten. Dass dieses Missverhältnis nicht allein von den Medizinischen Universitäten bewältigt werden kann, hat der Österreichische Wissenschaftsrat schon 2007 festgestellt. Es sind vielmehr politischer Wille zu Änderung und Unterstützung durch die Bundespolitik notwendig.

Letztere zeigt sich desinteressiert bzw. scheint jeder Konfrontation mit den Ländern aus dem Weg gehen zu wollen. Dabei hätte der Bund die Möglichkeit, den klinischen Mehraufwand im Verordnungsweg zu definieren, hat aber von diesem gesetzlichen Recht noch nie Gebrauch gemacht. In Wien wird die Situation vermutlich im nächsten halben Jahr eskalieren. Das Potenzial der Medizinischen Universität Wien zur Quersubventionierung der städtischen Krankenversorgung ist endgültig erschöpft.

GASTKOMMENTAR

BILDUNGSSUCHENDE IM UNI-APPARAT: EINIGE VON IHNEN WOLLEN SOGAR STUDIEREN



Engelbert Washietl

Dr.

Seit 2006 freischaffender Journalist, zuvor leitende Positionen bei den Tageszeitungen „Die Presse“, „Salzburger Nachrichten“, „Wirtschaftsblatt“

F Nach derzeitigen Berichten werden rund 50.000 zumeist junge Menschen im Herbst ein Hochschulstudium beginnen. Sie werden durch Gesetze und Studienordnungen zu staatlich verwalteten Bildungssuchenden und im optimalen Fall zu administrierten Bildungshungrigen werden. Die bereits für 2013 angepeilte Studienplatzfinanzierung wirft ihre Schatten voraus. Die Hürden sind bei den Studienfächern mit Zulassungsbeschränkung schon heute erkennbar. Aber auch bei den offenen Fächern kann es über die ersten Semester zu stiller Auslese kommen. Egal ob die Rektoren und Institutsleiter es zugeben oder nicht, eigentlich ist das so gewünscht und übrigens auch richtig. Der unbeschränkt offene Zugang hat sich als ein populistischer Irrweg erwiesen.

Sollte es stimmen, dass mit der Studienplatzfinanzierung nicht nur Geld berechenbar eingesetzt, sondern auch die Effizienz der höchsten Bildungsstätten erhöht werden soll, dann wäre es an der Zeit, die infrastrukturellen Rahmenbedingungen, mit denen es die Studierenden jahraus, jahrein zu tun haben werden, einem Stresstest zu unterwerfen. Ein Generalverdacht lässt sich durch hunderte Beispiele aus dem Studentenalltag erhärten: Dienstleistungen sind parallel mit der Explosion der Teilnehmerzahlen nicht besser, sondern schlechter geworden. Es wird offenbar

einkalkuliert, dass sich die Studenten und Studentinnen irgendwie durchschlagen.

Viele Missstände beginnen beim Gesetzgeber, der keine Rücksicht auf die Praxis nimmt und auch wenig Ahnung von ihr hat. Erstens fallen fast alle Entscheidungen zu spät – und wenn doch, dann falsch. Allein die Studiengeld- und Beihilfenregelungen wurden laufend geändert und keineswegs übersichtlicher. Abgesehen davon, dass die Verwaltungskosten steigen, erhöht sich auch der Aufwand für Zeit und Energie, der den Studierenden abverlangt wird. Von der Parlamentshöhe kann man stufenweise heruntersteigen auf die Ebenen der einzelnen Hochschulen, der Institute bis zu den Lehrenden. Man müsste sich bei Achtsamestrigen einmal erkundigen, wie oft seit ihrem Studienbeginn Prüfungsordnungen oder digitale Anmeldesysteme geändert wurden.

Eine möglichst objektive Analysegruppe müsste einmal herausfinden, wie viel Zeit Studierende prozentuell aufwenden, bloß um den administrativen Apparat so zu bedienen, dass sie nicht aus ihm herauskatapultiert werden. Die Studienplatzfinanzierung verdient Beifall. Aber diejenigen, die diese Plätze mit Mühe ergattern werden, sollten dann mit möglichst geringen Reibungsverlusten und vielleicht sogar in kürzerer Zeit zum Ziel gelangen können. Denn manche wollen ja wirklich studieren.

REKTOREN ALS BLICKFANG AM KIOSK UND DIE HOHE KUNST DER BILOKATION



Manfred Kadi
Referent für
Öffentlichkeitsarbeit

R So viel Rektoren auf Seite 1 war noch nie, zumindest nicht in diesem Jahrhundert: Am 2. Oktober 2010 hatten fünf Tageszeitungen (DER STANDARD, KURIER, ÖÖN, SALZBURGER NACHRICHTEN, WIENER ZEITUNG) Pressekonferenzen von insgesamt zehn Rektoren vom Vortag zum Aufmacher für zusammengezählte 2,5 Millionen potenzielle Leser/innen gekürt. Die jeweilige Chefredaktion bestimmte den Rektoren-Auftritt zum wichtigsten Ereignis der vorangegangenen 24 Stunden und – damit einhergehend – zum kühl kalkulierten Blickfang für Stamm- und Laufkundschaft, den Kaufanreiz am Kiosk inbegriffen.

Gewürzt mit kräftigen Vokabeln wie „Revolt“ und „Warnstreik“ und garniert mit Leitartikeln und Karikaturen entweder auf Seite 1 oder im Blattinneren, wurde dem „Denkzettel für die Bundesregierung“ in nahezu allen Printmedien breiter Raum gewidmet. Das Aufbegehren gegen „ein Jahr hochschulpolitischen Stillstands“ mit der Ankündigung von Vollversammlungen an allen Uni-Standorten hatte alle bisher bekannten Dimensionen in der Berichterstattung gesprengt. Die singuläre Aktion von mehreren, fast zeitgleichen Pressekonferenzen in vier Universitätsstädten – darunter drei Triumvirate am Podium – hatte voll eingeschlagen.

Der neue Präsident der Universitätenkonferenz und Rektor der TU Graz, Hans Sünkel, bewies

schon mit Amtsantritt, dass die rund 200 Kilometer lange Strecke über den Wechsel keine Hürde für mediale Präsenz bedeutet. Bisweilen vermittelte der Rektorenschef den Eindruck, er habe mithilfe seines Fachgebiets der Geodäsie auch die Kunst der Bilokation entwickelt: Nicht selten fanden an einem Tage mehrere Auftritte vor Pressevertretern/innen in verschiedenen Bundesländern statt. Am neuen Rekord an uniko-Pressekonferenzen und Hintergrundgesprächen fällt dem Präsidenten naturgemäß der Löwenanteil zu: Ob als Solist zwischen Alpbach und Wien oder im Duo mit Präsidiumsmitgliedern, im Terzett (mit SP-Landeshauptfrau Gabi Burgstaller und Rektorskollegen) oder im Quartett bei Presseterminen von Ministerin Beatrix Karl bzw. Ex-Vizekanzler Hannes Androsch – die Botchaften Sünkels waren eine Garantie für medialen Niederschlag am Tag danach.

Im dritten Jahr nach der Umbenennung der Rektoren- in Universitätenkonferenz (uniko) lässt sich übrigens eine erstaunliche Erfahrung konstatieren: Einige Zeitungen und sogar der ORF präsentierten den uniko-Präsidenten in Einzelfällen unverdrossenen als Chef der Rektorenkonferenz. Ein Beleg, wenn nicht ein Kompliment dafür, dass auch hundert Jahre nach ihrer Gründung die Trademark noch tief im öffentlichen Bewusstsein verwurzelt ist – was die Universitätenkonferenz in Sachen Meinungsführerschaft als Ansporn für die nächsten hundert Jahre versteht. **J**

ORGANE DER ÖSTERREICHISCHEN UNIVERSITÄTENKONFERENZ 2010

PRÄSIDENT

Hans Sünkel

Technische Universität Graz

PRÄSIDIUM

Gerald Bast

Vizepräsident,
Universität für angewandte Kunst Wien

Christoph Badelt

Wirtschaftsuniversität Wien

Alfred Gutschelhofer

Universität Graz

Heinrich Schmidinger

Universität Salzburg

Wolfgang Schütz

Medizinische Universität Wien

Georg Winckler

Universität Wien

Richard Hagelauer (kooptiert)

Universität Linz

Heinrich C. Mayr (kooptiert)

Universität Klagenfurt

Karlheinz Töchterle (kooptiert)

Universität Innsbruck

PLENARVERSAMMLUNG

Universität Wien

Rektor Univ.-Prof. Dr. Georg Winckler

Medizinische Universität Wien

Rektor Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Schütz

Universität Graz

Rektor Univ.-Prof. Dr. Alfred Gutschelhofer

Medizinische Universität Graz

Rektor Univ.-Prof. Dr. Josef Smolle

Universität Innsbruck

Rektor Univ.-Prof. Mag. Dr. Karlheinz Töchterle

Medizinische Universität Innsbruck

Rektor Univ.-Prof. Dr. Herbert Lochs

Universität Salzburg

Rektor Univ.-Prof. Dr. Heinrich Schmidinger

Technische Universität Wien

Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Peter Skalicky

Technische Universität Graz

Rektor Univ.-Prof. Dr. Hans Sünkel

Montanuniversität Leoben

Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing.
Dr. Wolfhard Wegscheider

Universität für Bodenkultur Wien

Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Martin H. Gerzabek

Veterinärmedizinische Universität Wien

Rektor Wolf-Dietrich Freiherr von Fircks
ab 16. Sept. Rektorin Dr. Sonja Hammerschmid

Wirtschaftsuniversität Wien

Rektor Univ.-Prof. Mag. Dr. Christoph Badelt

Universität Linz

Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Richard Hagelauer

Universität Klagenfurt

Rektor Univ.-Prof. Dr. Heinrich C. Mayr

Akademie der bildenden Künste Wien

Rektor Univ.-Prof. Dr. Stephan Schmidt-Wulffen

Universität für angewandte Kunst Wien

Rektor Dr. Gerald Bast

Universität für Musik

und darstellende Kunst Wien

Rektor Univ.-Prof. Mag. Dr. Werner Hasitschka

Universität Mozarteum Salzburg

Rektor Univ.-Prof. Reinhart von Gutzeit

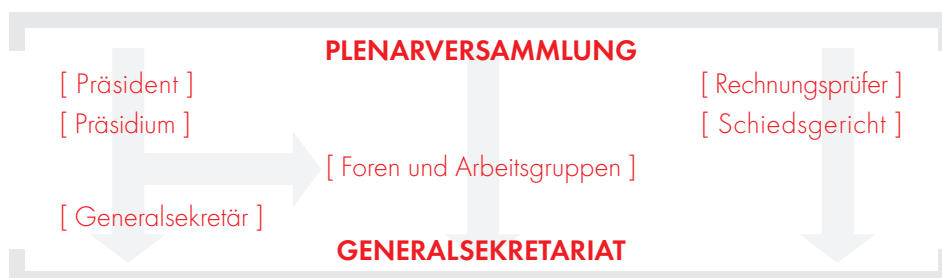
Universität für Musik

und darstellende Kunst Graz

Rektor Univ.-Prof. MMag. Dr. Georg Schulz

**Universität für künstlerische
und industrielle Gestaltung Linz**

Rektor Univ.-Prof. Dr. Reinhard Kannonier



FOREN

Foren sind Plattformen zur Kommunikation und Koordination zwischen den Mitgliedern der Rektorate in fünf Fachbereichen:

Budget und Ressourcen

Vorsitz:

*Rektor Heinrich C. Mayr
Universität Klagenfurt
ab 22. Februar 2010
Rektor Alfred Gutschelhofer
Universität Graz*

Arbeitsplattformen:

*BURE – Budget und Rechnungswesen
IUF – Infrastruktur und Facilities
LVM – Leistungsvereinbarung und -messung*

Forschung und Erschließung der Künste

Vorsitz:

*Vizekanzler Heinz Engl
Universität Wien*

Subarbeitsgruppen:

*IPR (Intellectual Property Rights)
IPAG (Intellectual Property Agreement Guide)
Universitätenforum Alpbach
Supercomputing*

Internationales

Vorsitz:

*Rektor Wolfhard Wegscheider
Montanuniversität Leoben*

Task Force:

Bildungsexport und Internationalisierungsstrategie für den tertiären Bereich

Lehre

Vorsitz:

*Vizekanzler Arthur Mettinger
Universität Wien*

Subarbeitsgruppe:

*UPH-KOOP
Pharmazie*

Task Forces:

*Nationaler Qualifikationsrahmen
(Non-formales und informelles Lernen)
Universitäre Weiterbildung
Lehramt*

Personal

Vorsitz:

*Rektor Georg Winckler
Universität Wien*

Task Force Gender & Diversity

Vorsitz:

*Vizekanzlerin Karin Gutiérrez-Lobos
Medizinische Universität Wien*

DACHVERBAND DER UNIVERSITÄTEN

Die Österreichische Universitätenkonferenz betreut auch den Dachverband der Universitäten. Dieser ist auf Arbeitgeberseite kollektivvertragsfähig

Vorsitz:

Rektor Georg Winckler, Universität Wien

ORGANE

ARBEITSGRUPPEN

Arbeitsgruppen dienen der Behandlung spezifischer Anliegen bestimmter Typen von Universitäten:

Kunstuniversitäten

Sprecher:

*Rektor Gerald Bast
Universität für angewandte Kunst Wien*

Medizinische Universitäten

Sprecher:

*Rektor Wolfgang Schütz
Medizinische Universität Wien*

TERMINE DER PLENARVERSAMMLUNGEN 2010

29. ordentliche Plenarversammlung

am 26. Februar 2010
Wirtschaftsuniversität Wien

30. ordentliche Plenarversammlung

am 22. März 2010
Veterinärmedizinische Universität Wien

31. ordentliche Plenarversammlung

am 31. Mai 2010
Universität Mozarteum Salzburg

32. ordentliche Plenarversammlung

am 11. Oktober 2010
Universität Klagenfurt

33. ordentliche Plenarversammlung

am 13. Dezember 2010
Universität Innsbruck

AKTIVITÄTEN DER uniko IN ZAHLEN 2010

Plenarversammlungen	5
Präsidiumssitzungen	12
Sitzungen der Foren und (Sub-)Arbeitsgruppen (inkl. Dachverband der Universitäten)	66
Tagungen, die von der uniko (mit)veranstaltet wurden	5
Beschickte Tagungen im Ausland	27
Beschickte Tagungen im Inland	127
Empfänge ausländischer Gäste	5
Pressekonferenzen/ Pressegespräche	15
Presseaussendungen	30
Newsletter	8
Offizielle Stellungnahmen	23

VEREIN ZUR FÖRDERUNG DER UNIVERSITÄTENKONFERENZ

Vorstand:

Präsident:

Generaldirektor Dr. Walter Rothensteiner

Stellvertreter des Präsidenten:

Rektor Univ.-Prof. Mag. Dr. Christoph Badelt

Schriftführer:

Univ.-Prof. Dr. Manfred Welan

Kassier:

Dr. Gerhard Riemer

GENERALSEKRETARIAT

Heribert Wulz
Mag.
Generalsekretär



Doris Schöberl
Mag.^a
Stellvertretende
Generalsekretärin
Rechtsfragen
Dachverband der
Universitäten



Nadine Jauk
MMag.^a
Internationales



Manfred Kadi
Öffentlichkeitsarbeit



Wolfgang Nedobity
Mag.
Budget
Forschung



Gerda Priessnitz
Organisation



Elisabeth Westphal
Mag.^a
Bologna-Prozess
Hochschulbildung
in Europa
Lehre



Karin Hofer
Mag.^a
Projektmitarbeiterin
Bologna-Referat
bis 30. Juni



Sylwia Krul
Sekretariat



Julia Reischl
Assistentin
Lehre und
Bologna-Prozess
ab 1. September



SEIT DREI JAHRZEHNEN PARTNER DER ÖSTERREICHISCHEN UNIVERSITÄTEN



F Das „Oktogon“ in der Unternehmenszentrale der Bank Austria bildete am 10. Jänner 2010 den festlichen Rahmen für den Neujahrsempfang der Österreichischen Universitätenkonferenz. Bank Austria Vorstandsvorsitzender Willibald Cernko (im Bild 2. Reihe, 3. von rechts) begrüßte den Generalsekretär des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung in Vertretung des Bundesministers, Mag. Friedrich Faulhammer (1. Reihe links), den Dritten Präsidenten des Nationalrates, Dr. Martin Graf, den uniko-Präsidenten Rektor Univ.-Prof. Dr. Hans Sünkel (1. Reihe, 3. von links) sowie zahlreiche Gäste aus Forschung und Lehre, Politik, Verwaltung, diplomatischem Corps und Medien. Isabella Köller (1. Reihe, 2. von rechts) vom UniversitätsService der Bank Austria führte durch den Abend.

Leistungsfähigkeit im Wettbewerb

Cernko bedankte sich beim Rektor der Wirtschaftsuniversität Wien, Univ.-Prof. Dr. Christoph Badelt (2. Reihe, 3. von links), für die gute Zusammenarbeit während der viereinhalb Jahre in dessen Funktion als uniko-Präsident. Im Anschluss daran gratulierte er dem neuen uniko-Präsidenten Sünkel von der Technischen Universität Graz und dem neu gewählten Präsidium zu deren Bestellung. In seiner Rede fand Cernko klare Worte: „Auf die Frage des Studienzugangs müssen befriedigende Antworten gefunden werden.“

Wir brauchen leistungsfähige Universitäten – gerade in Zeiten des verschärften Wettbewerbs.“ Er betonte die enge, seit drei Jahrzehnten währende Partnerschaft, die die Bank Austria und die Universitäten verbinde.

uniko-Präsident Sünkel forderte in seiner Wortmeldung eine „Flurbereinigung“ und eine Lösung für die „Wettbewerbsverzerrungen“ im tertiären Bildungssystem – mit Fachhochschulen mit kontrolliertem Zugang auf der einen und Universitäten mit weitgehend freiem Zugang auf der anderen Seite. „Es kann nicht sein, dass die Universitäten zum Auffangbecken für Studierende werden, die an den Fachhochschulen scheitern“, betonte Sünkel. Er forderte das Ministerium auf, neben dem angekündigten Forschungsfinanzierungsgesetz auch ein Bildungsfinanzierungsgesetz auszuarbeiten.

Offizieller Partner der Universitäten

Die Bank Austria stellt den Universitäten ihr Know-how, umfassende Betreuung und ihr österreichweites wie internationales Netzwerk zur Verfügung. Das Bank Austria Universitäts-Service betreut die einzelnen Universitäten und darüber hinaus Professorinnen und Professoren, Universitätsangestellte und Studierende.

Weitere Informationen auf:

<http://www.universitaetsservice.bankaustria.at/>

